

# Der FUNKKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 50460 (Internationale Verlagsanstalt G m. b. H.).

NUMMER 149 A

BERLIN • Dienstag, den 28. Juni 1932

1. JAHRGANG

# Machtvolle Einheitsfront gelungen.

## Die NS, frech in Preußen, kuschen in Bayern.

W. Sch. Duisburg, 25. Juni.

Eine imponierende einheitliche Demonstration der kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter Duisburg-Hamborn kam bei der Beerdigung des von den Nazis in unglaublich roher Weise ermordeten Kommunisten BISCHOFF am Freitag zustande. Am Grabe sprachen ein Mitglied der KPD und ein „Reichsbanner“-Führer als Vertreter der „Eisernen Front“. Die Demonstration war von der Polizei erlaubt worden. Auf dem Friedhof waren etwa 15 000 Arbeiter zusammengekommen; die Zahl der Demonstranten auf der Straße war erheblich größer.

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ hatte die SPD und alle ihr nahestehenden Organisationen zur Teilnahme an dem Begräbnis aufgerufen. Hier einige Stellen aus dem Artikel:

„Die ‚Eiserne Front‘ wird mit den kommunistischen Arbeitsbrüdern zusammen dem ermordeten Klassengenossen das letzte Geleit geben. Und ~~zusammen~~ ~~gemeinsamen~~ Handelns . . . muß zu einer Kundgebung gegen die mordgierige Reaktion werden, wie sie unsere Stadt noch nie gesehen! . . . Keiner bleibe zu Hause!“

Und nach der machtvollen Kundgebung schrieb dieselbe Zeitung Worte, die auch in Berlin, Lindenstr. 3, gelesen werden sollten:

„Die Einheitsfront wird einmal spontan von unten kommen (?) und dann wehe den Saboteuren, die um ein Partei-Linsengericht das Proletariat verraten!“

Diese geradezu grandiose Einheitsfront-Aktion zeigt genau, wie einfach im Grunde das Problem der Einheitsfront ist: Es kommt nur darauf an, daß die Menschen, denen sie am Herzen liegt, offen und mutig einen Schritt in der Richtung ihres Aufbaus tun. Der mutige sozialdemokratische Provinzredakteur verdiente einen Orden der Arbeiterschaft, wenn es so etwas gäbe. Hoffentlich stärken ihn seine Genossen gegen die wohl sicher zu erwartenden „Bedenken“, die „von oben“ kommen werden, nämlich aus der Reihe der Saboteure, denen vorläufig noch das Parteilinsengericht zu wichtig ist.

Wir sind überzeugt und haben dies auch oft genug hier im „Funke“ vertreten, daß, wenn erst einmal wie hier in Duisburg der Damm gebrochen ist, kein Parteiapparat mehr wagen könnte, ihn wieder aufbauen zu wollen: er muß der eindringenden Flut gehorchen oder ihr weichen. Arbeiten wir von beiden Seiten an der Einheitsfront: Appellieren wir an die Apparate, um sie zu überzeugen und organisieren wir Einheitsfront-Aktionen, um die Apparate, die nicht begreifen können oder wollen, dazu zu nötigen.

Die Einheitsfront-Aktionen der Arbeiterschaft wachsen erfreulich. So hat vor einigen Tagen in Nevegas im Rheinland eine Versammlung der örtlichen Vertreter des ADGB, der SPD, der KPD, des Reichsbanners, des Antifaschistischen Kampfbundes, der Roten Gewerkschaftsopposition und des Mieterbundes stattgefunden, in der man übereinkam, sich zu einer antifaschistischen Einheitsfront gegen den uniformierten nationalsozialistischen Terror zusammenzuschließen. In einem Aufruf an die Bevölkerung wird um Unterstützung in diesem Abwehrkampf gebeten und zum Boykott gegenüber nationalsozialistischen Geschäftsinhabern aufgefordert.

## Papen in Lausanne.

### „Nach Canossa gehen wir nicht!“

Von Minna Specht.

„Die Zeit der halben Maßnahmen ist vorbei. Die Völker Europas und der Welt wollen Taten sehen.“ Mit diesen stolzen Worten stärkte der Reichskanzler PAPAN noch vor wenigen Tagen der deutschen Kolonie in Lausanne das Rückgrat, die ihn an einem der vielen freien Abende, über die PAPAN in Lausanne verfügte, zu einem Empfang eingeladen hatte.

In großer Schlagzeile setzte HUGENBERGS „Tag“ das Wort von den Taten über den Drahtbericht seines Korrespondenten, der PAPANs Rede den nationalen Lesern vermitteln sollte.

Heute, wenige Tage später, fällt die ganze Krone: „Deutsche Zeitung“, „Lokalanzeiger“, „Deutsche Tageszeitung“, über „die verderbliche Taktik“ des Reichskanzlers her und droht mit schärfstem Widerstand der nationalen Rechten, falls PAPAN nicht ein „ganz klares und umfassendes Dementi“ erläßt.

Was gibt es zu dementieren?

Der Berichterstatter des „Matin“, STEFAN LAUZANNE, behauptet hartnäckig, PAPAN habe ihm erklärt, er würde herzlich gern Reparationen zahlen, wenn er dazu imstande sei; in Ermangelung dieser Zahlungen stehe Frankreich ein Recht auf Kompensationen zu, und endlich — was dem Kanzler auf Grund dieser Enthüllungen ganz besonders verübelt wird —, er vertrete, im Gegensatz zu seinen Vorgängern, „alle nationalen Kräfte Deutschlands“.

Das Dementi ist prompt erfolgt. Der „Tag“ konstatiert daraufhin beruhigt, die skrupellose Pariser Meldung sei also als Falschmeldung enthüllt. Die Telegraphen-Union fügt hinzu, in der Berliner Kabinettsitzung vom Sonnabend habe PAPAN seinen auch in Lausanne vertretenen Standpunkt unterstrichen: daß Deutschland keine Tribute mehr leisten könne und daß in dieser Frage kein Kompromiß möglich sei.

Aber da bleiben für die Oeffentlichkeit noch Äußerungen der „Germania“, die ihren Berichterstatter in Lausanne herumgeschickt hat. Der teilt ihr mit, es sei eine Tatsache, daß der Reichskanzler in den vergangenen Tagen Erklärungen genau desselben Inhalts (wie gegenüber dem „Matin“) einer ganzen Anzahl deutscher und ausländischer Persönlichkeiten gemacht habe.

Und es bleibt vor allem das Dementi selber, das HUGENBERG für so entlastend hält. Das Dementi ist lang, viel zu lang! Wirkungsvolle Dementis sind kurz, sie können kurz sein. „Das Wort ist nicht gefallen“; Unterschrift; basta. Aber manchem ist die Kürze nicht gegeben. Was erfahren wir also aus den langen Zeilen? Was vor allem über die Anerkennung des französischen Rechts auf Kompensationen, den Punkt, der in Deutschland am meisten interessiert, mehr jedenfalls als die persönlichen Herzenswünsche des Reichskanzlers? Nichts — nichts, was die Behauptungen LAUZANNES erschüttert. Der Passus, der von einem Recht Frankreichs auf Kompensationen spricht, sei mißverständlich wiedergegeben worden. Das ist alles. Dann im nächsten Satz ist PAPAN schon bei einem anderen Gegenstand, bei der Rede, die er in der ersten Plenarversammlung der Konferenz gehalten hat. Dort habe er gesagt, daß in Lausanne die juristischen Grundlagen des Reparationsproblems nicht zur Diskussion ständen, er habe — und damit gelangt das Dementi vollends in ein freieres Fahrwasser — die Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft gefordert, die durch das Zusammenarbeiten von Frankreich und Deutschland . . . mit seinen greifbaren Vorteilen . . . die Hoffnung auf eine gemeinsame Aktion der europäischen Mächte beleben werde.

Reden führender Staatsmänner, die eines Dementis bedürfen, stehen bei keinem Volk in gutem Ansehen. Es meldet sich nachgerade das Verlangen, die deutschen Reichskanzler zu ersuchen, sich einen Zeugen mitzunehmen, wenn sie sich interviewen lassen — wenn man nicht die bissige Bemerkung gelten lassen will, dem Volk durch solchen Rat doch nicht die einzige Gelegenheit zu versperren, seine verantwortlichen Männer kennen zu lernen! In Wahrheit gibt es sicherere Wege, die Anschauungen der sogenannten Diplomaten zu erforschen, als auf Interviews zu warten.

Wer BRÜNNINGS Außenpolitik verfolgt hat mit ihren Verständigungsreden gegenüber Frankreich unter gleichzeitiger Duldung von Stahlhelmparaden und militärischen Schauspielen in Deutschland (die getreulich in der nächsten tönenden Wochenschau in den Pariser Kinos erschienen), der fiel nicht aus allen Himmeln, als er von dem schroffen „Nein“ gegen jede

## Die Frucht der Goebbelsschen Mordhetze.

HK. Am Sonabend ist das Berliner

„Vorwärts“-Gebäude in der Lindenstraße von Nazis überfallen

worden.

Diese Expedition begann damit, daß ein SPD-Propagandawagen in der Friedrichstraße von einem Trupp Nazis, die aus der Hedemannstraße (Sitz der NS-Gauleitung) herbeistürmten, überfallen wurde. Im Anschluß daran stürmte eine NS-Horde von 150 bis 200 Mann vom Halleschen Tor her zum „Vorwärts“-Haus. Die Nazis drangen bis in den ersten Hof des Gebäudes, wurden aber von den „Reichsbanner“-Leuten, die die Hauswache hatten, wieder hinausgeworfen. Bei dem Gefecht wurde geschlossen. Ein Nazi und zwei „Reichsbanner“-Leute wurden schwer verletzt.

Der Ansturm der NS vom Halleschen Tor her wurde durch Signalpfeife reguliert.

Die „Rote Fahne“ gibt die Nummern von zwei Autos der NS-Gauführung an, die in der fraglichen Zeit in der Gegend des „Vorwärts“-Hauses herumflitzten; der berüchtigte Pogromführer Graf HELLDORF soll den Angriff geführt haben.

Mag über diese Einzelheiten keine Klarheit geschaffen werden: jedenfalls ist der Überfall zwei Tage nach der von der Berliner Polizei geduldeten

Mord-Hetzrede von GOEBBELS im Sportpalast

erfolgt.

GOEBBELS hatte da gesagt: Man wisse nicht, wie lang die NS noch die Nerven behalten würden, wenn sie jede Nacht zwei bis drei Tote hätten; es könne sehr wohl der Guldtsfaden reißen. GOEBBELS drohte dann mit einem „Strafgericht, wie es die Geschichte noch nicht gesehen habe“. Die NSDAP „werde sich dabei nicht an die Verführten, sondern an ihre Führer halten und werde diese auch zu finden wissen“.

Es kann gar nicht anders sein, als daß der Abschaum des Pöbels, der in der SA organisiert ist, und sich von GOEBBELS und HEINES die Köpfe mit Mordgedanken vollstopfen läßt, nach einer so demonstrativen Aufforderung wieder am Donnerstag im Sportpalast sich sagt: jetzt muß etwas geschehen. Und dann geschieht etwas.

Die Möglichkeit, derartiges zu verhindern, und die Verantwortung dafür hat in ganz besonderem Maße

SEVERING.

Daß er es verhindern könnte, beweist ihm geradezu schlagend sein bayerischer Kollege. Die Nazis hatten für Sonntag eine Demonstration in München angekündigt, zu der etwa 80 000 bis 40 000 NS zusammengezogen werden sollten. Daraufhin hatte die bayerische Regierung erklären lassen: mögen sie kommen; wir sind vorbereitet und werden zugreifen. Das Ergebnis:

in München und Umgebung haben am Sonntag keinerlei Demonstrationen stattgefunden.

Und das, obwohl GOEBBELS am Donnerstag im Sportpalast pathetisch ausgerufen hatte: „Man soll doch die Minister aus München und Karlsruhe nicht überschätzen.“

Auf

die klare bayerische Absage, wir werden uns eurem Diktat nicht fügen,

an die Reichsregierung und an HINDENBURG ist von Seiten dieser beiden Instanzen bisher nichts erfolgt. PAPAN ist in Berlin gewesen, man hat am Sonnabend im Reichskabinett über den Reich-Länder-Konflikt beraten; aber man zögert das zuvor angekündigte feste Zupacken gegenüber den süddeutschen Widerspenstigen hinaus: Mitte der Woche werde die Entscheidung fallen —, so sagt die Regierung in einer Erklärung. In derselben Erklärung wendet sie sich gegen die Behauptung, daß sie in ihrer Haltung gegenüber den Ländern schwankend geworden sei.

Die Regierung PAPAN macht keinen kraftvollen Eindruck — um so mehr Grund für Severing, zuzupacken.

Diese Erfahrungen zeigen deutlich, was von dem Gefasel jener „Realpolitiker“ zu halten ist, die die Feigheit zum Prinzip erheben und allen Ernstes die Freunde der Einheitsfront beschwören: nehmt nur diesen Kampf nicht auf, es reizt die wilden Horden und ist also Wahnsinn!

Das Zurückweichen HITLERS und PAPANs vor dem entschlossenen Auftreten der Bayern

zeigt der Arbeiterschaft, was sie machen könnte, wenn sie den Entschluß zur Einheitsfront aufbrächte und damit der Wille zum Kampf in ihre Reihen einzöge.

Reparationsforderung hörte, das BRÜNING im Januar, kurz vor dem damals festgelegten Termin der Mächtekonferenz, einem englischen Reporter gegenüber aussprach. Die Unstetigkeit der BRÜNINGschen Außenpolitik, die ihr das Gepräge gab und ihr den Erfolg verwehrt, hatte eine längst deutlich erkennbare Ursache: BRÜNING ist von Grund seines Herzens auf Nationalist und hat diesen Nationalismus niemals verloren. Die Sprache des Europäers, die STRESEMANN langsam lernte, hat ihm nie gelegen. Er führte Verhandlungen mit Frankreich, weil ein anderer Weg in Genf und Paris nicht gangbar war. Ein so gezwungener Unterhändler operiert nicht gut. Seine Sprache wurde erst fester, als das „Nicht-Zahlen-Können“ Deutschlands, das durch die Wirtschaftskrise evident geworden war, ihm half.

Weit durchsichtiger als mit diesem Außenminister stand es von vornherein um diejenigen, die nach BRÜNINGs Sturz die Außenpolitik übernehmen. Das ganze aufgeblähte Heldentum, das mit der Faust auf den Tisch schlägt, sieht mit Hilfe wilder Versprechungen in einem zermürbten Volk Wähler verschafft, die Regierung stürzt und selber nach dem Steuer greift, hat einen ernsthaft Denkenden niemals über die innere Kraft dieses „Patriotismus“ getäuscht. Was sich aus ihm an außenpolitischen Parolen ergab: Keine Kompromisse — keine Moratorien — endgültige Streichung aller Tributlasten —, dieser mehrstimmige Choral war gut für die Leser der nationalhistorischen Presse.

Die Männer in der Regierung, die diese Presse duldeten, wußten von vornherein genau, daß sie in Lausanne eine andere Sprache sprechen würden als vor ihren Parteigängern. Das Moratorium (ein Aufschub aller zwischenstaatlichen Zahlungen für die Dauer der Konferenz) war bereits zwei Tage vor der Konferenz von den fünf Mächten England, Frankreich, Belgien, Italien, Japan vereinbart worden. Kam es zu keiner Einigung zwischen Frankreich und Deutschland, so brauchte man nur die Konferenz nicht zu unterbrechen, und die Regelung war da — ohne Krach, ohne Erklärungen. Diese Sprache hat PAPEN sprechen gelernt, sogar sehr gut und sehr schnell und mit französischen Vokabeln!

Was lehrt diese Erfahrung mit dem Kabinettschef der nationalen Regierung?

Die Enthüllung, die das Interview des „Matin“ gebracht hat, ist nicht darum aufschlußreich, weil PAPEN, der als Nationalist ausging, sich plötzlich sanfter und nachgiebiger gezeigt hat als der verlästerte BRÜNING. Sie ist es auch nicht so sehr darum, weil PAPENs Nachgiebigkeit die außenpolitische Machtlage beleuchtet, und weil sie beweist, wie fest England zur Zeit noch immer neben Frankreich steht, wie sehr das Bündnis dieser beiden, zusammen mit den Vereinigten Staaten, die Politik bestimmt (vielleicht nicht zum Schaden des vom Nationalismus bedrohten Deutschland).

Das für uns Lehrreiche an dieser Erfahrung, für uns, die wir auf der Gegenseite der Nationalisten stehen, liegt auf einem anderen Gebiet: der Lärm, der dort auf der Rechten gemacht wird, wird still vor der Entschlossenheit, die von einem ihnen entgegneten festen Willen ausgeht; er wird mehr als still!

Noch rauscht es freilich im nationalistischen Pressewald. Aber HUGENBERG hat im „Tag“ schon das Signal zum Stillsein geblasen. Und das Kabinett hat PAPEN sein Vertrauen ausgesprochen. Während wir diese Zeilen schreiben, fährt er bereits zurück nach Lausanne.

Die Erfahrung mit PAPEN ist nicht die einzige. Auch GAYL hat mit Dementis zu tun und mit dem Kampf gegen einen entschieden, nicht nachgiebigen Gegner, die bayerische Regierung. Was Frankreich und Bayern lehren, ist kräftigend und läßt sich unmittelbar anwenden auf unseren Kampf, den Kampf der Arbeiterschaft gegen den Faschismus.

Die größte Macht, die hinter dem Todfeind der Arbeiter, hinter HITLER steht, ist der Glaube seiner Gegner an seine Macht.

HITLER lebt von dem Zurückweichen der Männer von rechts bis links, von GAYL bis SEVERING, die sich durch seine rasselnde Reklametrommel haben einschüchtern lassen. Das gilt es zu erkennen. Würde sich die Arbeiterschaft auf ihre Macht besinnen, würde sie durch ihren Zusammenschluß ihre Front gegen den Faschismus richten, HITLER drohen — auch er würde zurückweichen, wie der ganze nationale Heuschreckenschwarm vor Frankreich zurückgewichen ist, und wie es HITLER selber oft genug getan hat und erst jetzt wieder die 40 000 braunen Helden, die am Sonntag den Einmarsch nach München nicht riskierten.

# Zurück nach Lausanne! Papens Kompensationen.

S. H. HERRIOT und PAPEN sind am Sonntag nachmittag beide wieder nach Lausanne gereist, wo bereits am Montag nachmittag die ersten gemeinsamen Besprechungen wieder aufgenommen werden.

Beide Minister haben von ihren Kabinetten eine Vertrauenskundgebung erhalten, beide haben geäußert, daß sie den bisher vertretenen Standpunkt mit Entschiedenheit festhalten werden. Interessant an diesen Versicherungen ist die Bemerkung HERRIOTS, daß er zurückfähre voller Spannung auf die Vorschläge, die der deutsche Reichskanzler über die wirtschaftlichen Kompensationen zu machen gedenke. Also doch? Oder ist dies auch nur eine auf Mißverständnissen beruhende Erwartung? Im übrigen scheint auch HERRIOT sehr an wirtschaftlichen Vereinbarungen zu liegen, für die er selber Vorschläge unterbreiten wird, und die geeignet seien, eine vollkommene Neuorganisation Europas herbeizuführen.

Auf deutscher Seite verlautet offiziell kein Wort von Vorschlägen, die das anrühlich gewordene Wort „Kompensation“ betreffen. Die Telegraphen-Union, der PAPEN neulich sein Dementi übergeben hat, weiß nur, daß PAPEN nochmals die Unmöglichkeit weiterer Zahlungen erklären wird. Es würde sich lohnen haben, diese Erklärungen auf eine Grammophonplatte zu beliebigem Gebrauch übertragen zu haben.

Die italienische Regierung hat durch GRANDI am Sonntagabend ein Memorandum übergeben, das die deutschen Ver-

treter mit großer Genugtuung erfüllt, da hier der endgültige „Schlußstrich“ erwähnt wird. Leider spielen die Italiener nicht die Rolle, die ihnen die jetzigen deutschen Vertreter gern zuweisen möchten.

STIMSON verwarft sich von Washington aus in einer sehr deutlichen Erklärung gegen das „Geschwätz“, das ständig von Europa nach Amerika herüber telegraphiert wird, wonach Vertreter der Vereinigten Staaten in die Lausanner Konferenz eingriffen. Von all diesen Meldungen sei kein Sterbenswörtchen wahr.

In Genf versuchen die Amerikaner mit den Vertretern anderer Abordnungen es dahin zu bringen, daß der Hoover-Vorschlag in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Aber HENDERSON bleibt einstweilen hartnäckig.

Großes Aufsehen haben in Italien und in den französischen Kreisen Roms die Äußerungen des Organs der faschistischen Jugendstoßtruppe hervorgerufen. Dieser Stoßtrupp steht unter der Leitung des Sekretärs der Partei. Das Organ richtet einen sehr scharfen Angriff gegen Frankreichs Hintertreiben des Friedens. Es bestehe bei Frankreich die Absicht, beide Konferenzen zum Scheitern zu bringen. In diesem Ton gehen die Anklagen weiter, die zum Teil in haltlose Schimpfereien ausarten. Das ist also die Erziehung der Jugend zu vorurteilslosem politischem Denken von früh auf, — angeblich das Ziel des italienischen Vorbilds von HITLER!

## Kämpfe in China.

Mit welchen Gefahren die Chinesen auch abgesehen von den barbarischen Angriffen Japans zu ringen haben, zeigen die folgenden kurzen Meldungen:

### Der Kampf mit den Tibetanern:

Der politische und kirchliche Herrscher Tibets, der Dalai Lama, hat, wie es heißt, die Aufforderung der Nanking-Regierung, er solle seine Truppen vom chinesischen Gebiet zurückziehen, energisch abgelehnt: Er werde den Vormarsch fortsetzen, nicht nur aus politischen, sondern auch aus religiösen Gründen; denn die chinesische Regierung habe bisher nichts gegen die kommunistischen Banden unternommen, die das Grenzgebiet zwischen China und Tibet terrorisierten.

### Der Kampf mit dem Opium:

Einen kühnen Vorstoß unternahm der chinesische Ministerpräsident im Kampf gegen das Opium. Er erklärte, die Regierung habe das Opium-Monopol beschlossen, um so den Weg zu einer Beschränkung der Opium-Einfuhr freizubekommen.

Auch in Kanton und anderen Städten Südchinas ist die Cholera ausgebrochen. Besonders schwer ist die Hafenstadt Amoy betroffen, in der allein 200 Erkrankungen festgestellt wurden. Im ganzen sind bisher etwa 1000 Fälle gemeldet worden.

### Die Mandschurei unter Puji's Regiment.

Ämtlich wird gemeldet, daß durch Verordnung der mandschurischen Regierung die Kuomintang in der Mandschurei aufgelöst wurde. Die Mitglieder der Kuomintang, die sich politisch betätigen, werden mit dem Tode bestraft.

Die Regierung PUJI gibt eine Erklärung heraus, wonach trotz Einspruchs der verschiedenen Mächte die Umbildung des Zollwesens durchgeführt werden solle, ohne daß irgend jemandem Zugeständnisse gemacht würden. Diejenigen Staaten Europas, die mit der Umbildung nicht einverstanden seien, müßten auf die ihnen zustehenden Zolleinnahmen verzichten.

### Nationalitätenstreit in Belgien.

Der alte Gegensatz zwischen den germanischen Flamen, die den Norden Belgiens bewohnen, und den romanischen Wallonen des südöstlichen Hügellandes, der erst in jüngster Zeit anläßlich eines Sprachgesetzes zu einer Regierungskrise in Belgien geführt hatte, war am Sonntag die Ursache für

schwere Unruhen. Der wallonische Frontkämpfer-Bund veranstaltete in dem ganz im flämischen Gebiet gelegenen Antwerpen eine Kundgebung, die von den flämischen Frontkämpfern gestört und durch eine Gegenkundgebung beantwortet wurde. Es kam zu heftigen Tumulten und Kämpfen, in die die Polizei mit bloßem Säbel eingriff. Die wallonischen Demonstranten wurden schließlich unter polizeilicher Bedeckung zum Bahnhof gebracht; die flämische Kundgebung aber dauerte trotz des polizeilichen Verbots weiter an. Im ganzen sind 100 Personen verletzt und 120 verhaftet worden. 30 Verhaftungen werden noch aufrechterhalten.

## Eine Pariser Pro'estkundgebung gegen das Urteil von Scottsboro.

Bkm. Paris, 23. Juni.

Am 22. Juni, zwei Tage vor dem Datum, das die amerikanische Justiz für die Hinrichtung der acht Neger von Scottsboro gewählt hat, fand in Paris eine große Protestkundgebung gegen dieses Urteil statt. Unter den Rednern waren Frau ADA WRIGHT, die Mutter von zweien der Neger, VICTOR BASCH, der Vorsitzende der französischen Liga für Menschenrechte, LEON BLUM und andere Mitglieder der SP, der Radikalen Partei und der Gewerkschaften, sowie viele Journalisten und Vertreter anderer Organisationen.

Es war erfreulich festzustellen, daß keiner der Redner für seine Partei oder sonstige Organisation Propaganda zu machen suchte. Um so unangenehmer fiel es auf, daß eine Gruppe von Kommunisten die Kundgebung offenbar nur besuchte, um zu stören. Einige Male machten sie einen solchen Lärm, daß der Redner nicht mehr weiterreden konnte. Erst später gelang es, die Hauptschreier aus dem Saal zu entfernen. Bei solchen Zwischenfällen hat man den Eindruck, daß den Kommunisten nicht an der Rettung der acht Neger gelegen ist, sondern daß sie nur für ihre Partei Propaganda — und zwar schlechte Propaganda — machen wollen. Die Störung der Versammlung war so unglücklich sinnlos, daß man sich wirklich fragt, ob nicht — wie viele Leute behaupten — Provokateure in der Partei sind, die ein Interesse am Mißlingen aller Aktionen der Arbeiterschaft haben.

### Kinderaustausch

Oschatz i.S. — Berlin vom 17. Juli bis 7. August. Meldet kostenlose Pflegestellen für Oschatzer Arbeiterkinder sofort an: Internationale Hilfsvereinigung, Berlin SW 68, Wilhelmstraße 135.

## Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

15) THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932 konnte auch nie derart ökonomisch rechnen, aber das Exempel scheint zu stimmen. Man lebt ja nur einmal, und man soll nicht ungenutzt leben. Und die Stunden von zehntausend Sterbenden sind auch noch imstande, die Bahn um zehntausend Meter vorwärts zu treiben.

70 000 Gefangene bauen die Bahn.

25 000 sind schon daran gestorben.

Nein, nichts hat genutzt. Ich beschwöre Sie und Ihren Gatten, Konstantin Konstantinowitsch, der ein russischer Dichter ist, und der den Handel übersetzt hat! Bei unserer Jugendfreundschaft, Anna Elisabeth, denken Sie an die Tage, die wir auf Schloß Salem gemeinsam verleben durften, eine Intervention der Zarinmutter kann den Unglücklichen vielleicht Erleichterung bringen!

Das Kaiserreich ist in Gefahr!

Und auch der Thron des Zaren!

Bei der milden Lehre Jesu, bei der Weisheit und Gerechtigkeit der Bergpredigt — jawohl, so kann eine Kuh brüllen, teuerste Anna Elisabeth! Und so sieht der Bauch einer Soldatenleiche aus! Offensichtlich an Hunger gestorben, so treiben die Bäuche von Verhungerten auf. Vom Skorbut fallen die Zähne aus. Bei Berryberry werden die Knochen weich. Ja, leider — kommt auch in unseren Gefangenenlagern vor. Ist leider nicht ganz abzustellen.

Die Internationalität der Rüstungsindustrie ist auch nicht ganz abzustellen. Krupp verkauft Stahl, Zeiss-Jena firing directors, die Magdeburger Kabelwerke Stacheldraht. Alle verkaufen an das Ausland. Krupp, Thyssen, Stinnes — und billiger als an die Oberste Heeresleitung.

Die deutschen Douaumontstürmer hängen in Magdeburger Stacheldraht, deutsche Flandernmatrosen werden zerlegt von englischen Granaten mit Kruppzählern! Nein, aber das nicht, das geht zu weit! Bitte, nehmen Sie Einsicht in die

Akte. Das Preußische Kriegsministerium hat sich mit dem Fall befaßt. Ist leider nicht abzustellen — dafür liefert die Entente uns Kautschuk, Kupfer, Nickel.

Diese Männer — nein, die haben keinen Stahl ins feindliche Ausland verschoben, auch keine Infanterieschilde und keine firing directors! Das sind belgische Arbeitslose. Die Frauen brauchen nicht hinterherzulaufen; sie brauchen auch nicht zu weinen. Der Abschub ist aus Sicherheitsgründen geboten und nach dem Völkerrecht zulässig. 20 000 belgische Arbeiter fordert die deutsche Schwerindustrie wöchentlich an. Und was die Schwerindustrie braucht, muß die OHL liefern! Aber sie verlangt nichts dafür, liefert ohne zu verdienen, aus reinem Patriotismus. Die OHL und das Kriegsministerium sind noch die humansten Behörden in Deutschland.

Was, Herr, sind Sie ganz und gar des Teufels?

Die Großfürstin Anna Elisabeth ermordet?

Großherzogliche Hoheit, die Berichte lassen keinen Zweifel mehr zu. Anna Elisabeth ist tot. Die Zarin, der Zarewitsch, der Zar — alle sind tot. In einem Keller erschlagen, die Leichen in Stücke geschnitten, mit Petroleum übergossen und angezündet. Ein Adjutant hat die Reste nach Europa gebracht. Einen Handkoffer voll — Knochenstücke, Edelsteine, einige zu Klumpen zerschmolzene Ringe, zwei fast erhaltene ...

An dem Bericht stimmt etwas nicht. Verschonen Sie mich mit solchen Geschichten. Ich verbitte mir das, verstehen Sie? Was, der Smaragd ist wieder durchsichtig rein erschienen, nachdem man den Ruß abgewischt hat? Ein Smaragd, drei Onyx, vierzehn zu Klumpen zerschmolzene Goldfassungen, hundertzwei Knochenstücke, zwei fast erhaltene Korsettstangen — das soll alles sein, was vom Hof und der hohen Familie übrig geblieben ist?

Naja, ist vielleicht eine gute Propaganda gegen den Bolschewismus! Hat er dafür bezahlt bekommen, dieser Fürst, dieser Adjutant?

Immerhin, an Tatsachen ist nicht zu rütteln.

Und jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert!

Der Mensch vergeht, die Murmanbahn bleibt!

Kruppstahl für die Entente! Zeissgläser für die englische Flotte! Magdeburger Stacheldraht für unsere Douaumontstürmer! Granaten mit Kruppzählern für unsere Flandernmatrosen! Und der Kaiser fährt in einem plombierten Wagen! Der Abgeordnete Ebert — nein, das glaube ich nicht. Hoffähig wird er niemals werden. Sehen Sie nur diese dicken behaarten Hände! Aber der Mann tut, was er kann ...

Seine Exzellenz, der Herr Innenminister Drews auch. Bagdad — alles aussteigen!

Nach Ihnen, gnädigste Großfürstin! Lang lebe der Zar!

Der Kaiser, hurra! Drews, um Gottes Willen, der Mann kommt unter die Räder ...

Prinz Max wirft sich auf seinem Lager umher. Sein Gesicht glänzt hochrot. Auf der Stirn steht dicker Schweiß. Unter Aufbietung aller Kräfte reißt er sich los und ringt einen befreienden Schrei aus sich heraus.

Im Nebenzimmer wartet der Arzt mit dem Sekretär Hahn. Sie hatten den Prinzen schlafend vorgefunden und wollten ihn nicht stören. Aber jetzt haben sie das Stöhnen und den Schrei gehört.

Sie klopfen an die halbgeöffnete Tür und treten sofort ein. Den Prinzen finden sie aufrecht sitzend und hören ihn rufen: „Drews, Drews ...“

„Seine Exzellenz Drews hat telephonierte. Er ist vom Kaiser angehört worden. Aber seine Mission ist gescheitert. Er mußte sich harte Worte sagen lassen ...“

Der Kanzler gleitet halb aus dem Bett heraus. Er hat die Füße am Boden stehen. Er sieht den Sekretär an und dann den Arzt, langsam findet er sich zurück.

„Ja, richtig, Drews ... Dann ist der Bericht also schon da?“

„Nein, nur eine telephonische Nachricht. Der Herr Innenminister wird morgen zurück sein!“

„Geben Sie mir bitte etwas zu trinken!“

Der Arzt reicht dem Prinzen ein Glas Wasser.

„Ich lasse Doktor Solf zu mir bitten!“

(Fortsetzung folgt.)

# Leere Kirchen! — Ueberflüssige Ausgaben!

Die Ausgaben für Kulturbedürfnisse, Schulen und Hygiene werden heute vom Reich und den Kommunen rücksichtslos gedrosselt. Aber die Kirchenbauten schießen noch immer wie Pilze aus der Erde. Mag auch ein Teil der Gelder von Privat- oder kirchlichen Organisationen stammen, wenn die Kirche nicht staatliche Zuschüsse hätte, dann wäre das Tempo des Kirchenbaues ein ganz anderes. Nach einer privaten Statistik sind im Jahre 1931 306 Kirchen fertiggestellt (308 im Jahre 1930 und in diesem Jahr bisher 42). Die Kirche

stützt sich bei der Begründung der angeblichen Notwendigkeit dieser Bauten auf das Argument, daß in Zeiten sozialer Nöte gerade die Religion als letzter Rettungsanker erhalten bleiben müsse, und daß heute unter der Herrschaft der Rationalisierung auf allen Gebieten den Menschen der Kirchenbesuch durch Errichtung neuer Kirchen erleichtert werden müsse. Wir stellen diesem Argument eine Kirchenbesucher-Zählung gegenüber, die von der Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände vorgenommen wurde.

Landesteil	Zahl der Orte	Zahl der Einwohner	Zahl der Kirchen	Einwohner pro Kirche	Zahl der Besucher an einem Sonntag		
					insgesamt	Durchschnitt pro Kirche	in Prozenten d. Einwohner
Wasserkante-Hamburg	38	2 283 644	226	10 105	29 703	181,4	1,3
Brandenburg-Berlin	113	5 351 097	619	8 646	120 462	194,6	2,27
Thüringen	97	482 650	182	2 652	11 217	61,6	2,32
Pr. Sachsen	85	933 522	287	3 253	23 583	82,1	2,54
Sachsen	408	2 003 730	584	3 431	56 958	97,5	2,84
Braunschweig	50	337 658	114	2 962	10 015	87,8	2,96
Pr. Hannover	27	677 053	159	4 260	25 760	162,0	3,8
Pr. Pommern	36	686 440	189	3 632	27 144	143,6	3,95
Bayern	7	492 840	54	9 126	21 315	394,7	4,3
Pr. Schlesien	323	1 980 099	365	5 428	104 285	285,7	5,26
Pr. Westfalen	55	1 488 417	362	4 112	85 939	237,4	5,77
Pr. Ostpreußen	35	914 020	170	5 377	58 929	346,6	6,44
Rheinl. Hessen	69	867 862	332	2 614	70 607	212,9	8,13
Pfalz							
Württemberg	88	987 066	212	4 440	109 470	516,3	11,67
Summa:	1431	19 436 298	3 855	5 041	755 387	196	3,88

Es gehen also im Durchschnitt jeden Sonntag weniger als vier Prozent der Einwohnerschaft in die Kirche. Eine mittlere Kirche faßt etwa 600 Menschen, im Durchschnitt kommen nach der obigen Statistik 196 Besucher. In einer Reihe von Orten mußte an den Kontrolltagen, an denen die Statistik aufgenommen wurde, der Gottesdienst ausfallen, weil nur eine Person da war. Mehrfach wurden in Orten von 1000 bis 3000 Einwohnern nur 10 bis 13 Besucher gezählt. Es ist für die Statistik bemerkenswert, daß in vielen Orten an den Kontrolltagen ausnahmsweise starker Besuch gewesen ist, weil Totenfeiern, Konfirmationen und dergleichen stattgefunden haben, oder Pastoren verabschiedet oder vorgestellt

wurden. Bei den Besuchern überwiegt übrigens das mittlere Alter, Männer und Frauen halten sich ziemlich die Waage. Für das laufende Jahr und bis 1934 hat die evangelische Kirche den Beginn neuer Kirchenbauten von einer besonderen Genehmigung der obersten Kirchenbehörde abhängig gemacht. Die katholische Kirche läßt weiter bauen; zu der Begründung, daß in Zeiten der Not die Nachfrage nach Gottes Hilfe in den Kirchen besonders groß ist und der Förderung bedarf, kommt noch die Verteidigung hinzu, daß durch diese Aktion Arbeit unter die Menschen gebracht wird. Am Ende gibt diese Erwägung noch ein Argument gegen die Freidenkerbewegung!

## Trotz Schwierigkeiten: Heraus aus der Kirche! Eine Entgegnung.

Bliebe Kollegin! Du bist empört, daß wir dissidentischen Kollegen auch heute noch die Meinung vertreten: Ein überzogener Kirchengegner, selbst wenn er Junglehrer ist, soll aus der Kirche austreten.

Zwei Einwände hast Du gegenüber unserer Forderung: Du meinst, daß ein Mensch sich nicht um sein Brot bringen darf, der mittellose Angehörige hat. Und Du bist weiter der Ansicht, daß ein Junglehrer, der wegen seiner Dissidenz entlassen wird, gar nicht mehr für unser Ideal kämpfen kann, für den „Aufbau einer Staatsschule, die allen Volksgenossen eine Erziehung zu vernünftiger Selbstbestimmung gewährt und sichert“.

Berechtigte Interessen von Angehörigen könnten verletzt werden, wenn Du Dich in die Gefahr begibst, brotlos zu werden, meinst Du. Ich würde Deine Ansicht teilen, wenn nicht mit den Interessen Deiner Angehörigen die Interessen der Kinder kollidierten. Wir haben doch die Einsicht gewonnen, daß jedes Kind ein Recht auf Erziehung zu vernünftiger Selbstbestimmung besitzt. Dieses Recht verletzt aber jeder Mensch, der eine Organisation unterstützt, die dieses Recht nicht anerkennt, die für ein anderes Erziehungsziel kämpft. Wollen wir aber für das Recht der Kinder kämpfen, so dürfen wir diesem Recht kein anderes Interesse, auch nicht das der Familienangehörigen (die sich übrigens besser Hilfe holen können als die Kinder) voranstellen. Danke doch an die großen Kämpfer gegen geistige Bevormundung, für Freiheit des Denkens, die uns ein Vorbild sein sollen! Liegt nicht ihre Kraft gerade darin, daß sie jedes andere Interesse, auch das ihrer Familie zurückstellen! Wie sollten wir gerade heute, wo die Gegner unseres Ideals im Vormarsch sind, auf solche Kräfte verzichten können! Wie soll es uns gelingen, anderen die Ernsthaftigkeit unserer Ueberzeugung zu beweisen, wenn nicht durch die Bereitschaft, wenn es notwendig ist, harte Opfer für sie zu bringen! Es ist heute sehr schwer, für unser Ideal zu kämpfen. Aber wir haben es als unsere Pflicht erkannt, dies zu tun. Und es ist nichts Unmögliches, was die Pflicht von uns fordert.

Du meinst nun in Deinem zweiten Einwand, daß der dissidentische Lehrer, der aus dem Staatsdienst entlassen wird, gar nicht mehr für unser Ideal kämpfen kann. Ich fürchte, wir gehen einer Zeit entgegen, wo es umgekehrt sein wird: wenn die Reaktion auf kulturpolitischem Gebiet die Macht erringt, die sie erstrebt, dann wird es für einen Staatsbeamten so gut wie unmöglich sein, gegen geistige Bevormundung zu kämpfen. Wie viel stärker haben sich in dieser Hinsicht von jeher die Arbeiter gezeigt, die einzeln und organisiert die Arbeit verweigert haben, die ihnen unwürdige Bedingungen auferlegt hat. Dabei gerieten sie meist in größere Not als entlassene Lehrer.

Der Kampf für die Schule der Freiheit kann gar nicht erfolgreich von einzelnen Lehrern innerhalb der Schule geführt werden. Dieser Kampf ist ein politischer Kampf. An ihm kann und soll sich jeder beteiligen. Dort gehört der Lehrer hin; dort findet er Genossen und Solidarität. Wir leben alle noch, die die Kirche verlassen haben. Nur nicht so furchtsam! Viele, die heute in Deutschland das Heft in die Hand kriegen, verdanken das nicht ihrer Größe, sondern der Angst und Schwäche der Gegenseite. Du hast erkannt, daß dieser Kampf notwendig ist. Die Zahl der Kämpfer für dieses Ziel ist gering. Willst Du nicht einsehen, daß Deine Kraft fehlt in den Reihen der Kämpfer? M. F.

## Zum Kampf um Preußen.

Als vor einigen Wochen die PAPEN-Regierung der preußischen die 100 Millionen Mark sperrte, die rechtlich der preußischen Regierung zustanden, erließ die preußische Regierung die Notverordnung zum Ausgleich des Staatshaushalts. Durch diese Verordnung wurde eine Zwangssparkasse für Beamte eingeführt, wurden die Hauszinssteuerbefreiungen eingeschränkt und eine Schlachtsteuer angeordnet.

Die Rechtsparteien haben dann mit Unterstützung der Kommunisten im Landtag die Aufhebung dieser Notverordnung beschlossen. Sie stützten sich dabei auf Artikel 55 der preußischen Verfassung, wonach die Staatsregierung eine Notverordnung außer Kraft setzen muß, wenn der Landtag ihr die Genehmigung versagt.

Die preußische Regierung steht demgegenüber auf dem Standpunkt, daß der Landtag diese Notverordnung überhaupt

## Das bedrohte Ostpreußen.

### Gefährliche deutsche Kriegsspiele.

Hr. In den Straßen der ostpreußischen Stadt Elbing, die in unmittelbarer Nähe des angeblich von Polen so bedrohten Freistaates Danzig liegt, laufen Schupos mit Gasmasken und Stahlhelmen herum; ein Feuermeldewagen rast durch die Stadt und gibt mit lautem Sirenen-ton Signale: Achtung, Fliiegerangriff! Nachrichten werden weitergegeben. Am Rathaus und auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz sind Bomben niedergegangen; eine Brücke ist zerstört, der Fluß durch einen gesunkenen Dampfer gesperrt.

Am Tag darauf das gleiche Bild in Königsberg. Bombenanschlag bei einer Schule; technische Nothilfe wird eingesetzt; Sanitätskolonnen treten in Funktion und legen Notverbände an.

Krieg? Nein, es wird nur Krieg gespielt; besser: es wird mit dem Krieg gespielt. Die große ostpreußische Luftschutzübung soll systematisch die gesamte Zivilbevölkerung miteinbeziehen; die Vorstellungen eines polnischen Angriffs, die durch einseitige Berichte über die Vorgänge in Danzig schon lange genährt werden, bekommen einen anschaulichen Inhalt und gewinnen an Leben.

Der Reichsinnenminister von GAYL begleitete die gefährliche Spielerei durch eine nicht minder gefährliche Rundfunkrede, in der er zu den ostpreußischen Uebungen Stellung nahm. Er erklärte: Nicht die politische Lage habe den Anlaß zu dieser Luftschutzübung gegeben.

(Also nicht die politischen Spannungen zwischen Deutschland und Polen oder Deutschland und Frankreich!)

Jede verantwortungsbewußte Regierung müsse heute die Organisation des Luftschutzes unter weitgehender Beteiligung der Bevölkerung in Angriff nehmen.

(Wieso gerade heute? Wenn doch die politische Situation es nicht erfordert? Oder sollten etwa die Polen oder die Franzosen doch...?)

Gerade das von Staaten mit hervorragenden Luftrüstungen umgebene Deutschland habe den zivilen Luftschutz bitter nötig.

(Herr von GAYL sieht sich also allein schon dadurch bedroht, daß sein Nachbar eine Waffe besitzt — ganz abgesehen von dessen Benehmen. Mit der Möglichkeit, daß jemand Macht besitzt, ohne sie zu mißbrauchen, rechnet er offenbar nicht.)

Man habe bei der ersten Luftschutzübung Ostpreußen gewählt, um in einem abgeschlossenen und leicht zu über-

nicht aufheben könne, weil sie sich auf eine Ermächtigung des Reichspräsidenten (Reichsnotverordnung zur Aufrechterhaltung von Wirtschaft und Finanzen vom 24. August 1931), stütze. Der Landtag könne die preußische Notverordnung erst dann zu Fall bringen, wenn er ein förmliches Gesetz in allen drei Lesungen annehme. Dieses Gesetz müsse dann dem Staatsrat zugeleitet werden, der es voraussichtlich ablehnen werde. Dann würde das Gesetz vom Landtag nur mit Zweidrittelmehrheit rechtsgültig gemacht werden können.

Diese Zweidrittelmehrheit besitzen aber die Rechtsparteien selbst zusammen mit den Kommunisten nicht. Die Rechtsparteien werden — wenn sie nicht inzwischen schnellere Wege zur Entscheidung des Machtkampfes um Preußen beschreiten — vermutlich den Staatsgerichtshof anrufen, um mit dessen Hilfe die Aufhebung der Notverordnung zu erzwingen. Ihr Ziel ist, auf diese Weise die preußische Regierung in solche finanzielle Schwierigkeiten zu bringen, daß ein Vorwand für die Einsetzung des Reichskommissars besteht.

Deswegen waren die Kommunisten auf falschem Wege, als sie dem Aufhebungsantrag zustimmten und damit die Reichskommissarpläne unterstützten. Kurt Labischin.

Im Preußischen Landtag haben die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen Initiativ-Gesetzentwürfe eingebracht, durch die die preußische Notverordnung vom 8. Juni aufgehoben werden soll.

Der ehemalige Vorstand der zusammengebrochenen Eisenbahnerbank A. G. München, MICHAEL BERGMEIER, der nach mehrwöchiger Verhandlung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, hat durch seinen Verteidiger gegen das Urteil Revision einlegen lassen. Der mitangeklagte Direktor KARL BELKNER, der zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, hat das Urteil angenommen.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Berlin:** Bezirk Moabit, Dienstag, 28. Juni, 20 Uhr, im Restaurant von Haase, Putzstr. 19. Thema: Das Volksbegehren der Arbeiterschaft. — Wie schlagen wir den Faschismus?

**Bremen:** Mittwoch, 29. Juni, 20.15 Uhr, im Verbands-haus der Buchdrucker, Am Wall 82, I. Thema: Wer sabotiert den Aufbau der Einheitsfront?

**Hannover:** Mittwoch, den 29. Juni, 20.15 Uhr in der Stadt. Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: Das Ende der Demokratie!

**Freie Aussprache! Eintritt freil!**

**Eisenach:** Mittwoch, 29. Juni, 20.15 Uhr, im Gasthaus „Goldener Engel“. Thema: Der Weg zur Einheitsfront des Proletariats. Redner: Karl Echerlin, Kassel. Unkostenbeitrag: 10 und 5 Pfennig.

## Internationale Hilfs-Vereinigung, Bezirk Berlin-Brandenburg

Berlin-SW 68, Wilhelmstraße 135, I, Tel. Bergmann 8736. Bezirksvorstand Berlin: Sitzung Mittwoch, 29. Juni, um 5 Uhr nachmittags. Im Sekretariat, Wilhelmstr. 135. Ortsgruppe Charlottenburg: Mitgliederversammlung Freitag, 1. Juli, um 8 Uhr abends, im Lokal Germer, Kaiser-Friedrich-Str. 30, Ecke Grünstraße. Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg: Am Sonntag, 3. Juli, findet in Berlin die Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg statt. Tagesordnung: 1. Wie organisieren wir die überparteiliche Klassen-solidarität? Referent: Genosse Jacob Schlör. 2. Bericht des BV und nächste Aufgaben. Referent: Genosse Fritz Schlocka. 3. Diskussion. 4. Wahlen. 5. Anträge. 6. Verschiedenes. — Beginn der Konferenz 10 Uhr vormittags. Auf 26. Juni an dem BV zu melden. Delegierte müssen Ausweis der Ortsgruppe und Mitgliedsbuch mitbringen. Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg.

stehenden Verwaltungsbezirk den ersten Versuch zu machen...

(Walch unpolitischer Grund! Aber nur auf den ersten Blick! Denn inwiefern ist eigentlich Ostpreußen so besonders übersichtlich? Provinzen wie — sagen wir — Hessen-Nassau lassen sich gewiß ebenso leicht übersehen. Die behauptete Abgeschlossenheit ist leicht verständlich. Die Grenzen dieser Provinz sind zugleich Reichsgrenzen!)

Und zum anderen, weil die Reichsregierung jede Gelegenheit benutzen wolle, die Augen des ganzen Volkes auf das abgeschnürte Ostpreußen zu lenken. Die Reichsregierung werde in ausgleichender Gerechtigkeit ihre Pflicht tun und die dringenden Schritte unternehmen, zu denen auch der Erhalt Ostpreußens gehöre.

Damit schließt die Rede; jetzt fange man sie wieder von vorn an, um ja nicht zu vergessen, daß es nicht etwa eine akute Bedrohung Ostpreußens ist, was die Uebungen veranlaßt hat.

Was kann der in Ostpreußen offenbar schon grassierenden Kriegspsychose dienlicher sein als diese gewundene Art, die Gefahren andeutet und ahnen läßt, ohne sie so zu nennen, daß man den geäußerten Befürchtungen auf den Grund gehen könnte!

Wer noch weiß, wie die Völker 1914 in die Kriegsstimmung und in den Krieg hineingeschlidert sind, der wird verstehen, daß die Zivilbevölkerung erst vor solchen Kriegsspielen und Kriegsreden geschützt werden muß, ehe es Sinn hat, sich um den Schutz vor polnischen Flugzeugen zu bemühen.

### Ostpreußen im Nebel.

Wohlfahrtsunterstützungen können häufig nicht mehr gezahlt werden. Kein Geld! Deutschland ist völlig verarmt!

Was von derartigen Reden zu halten ist, wird zur Zeit in Ostpreußen demonstriert. Die Hinlenkung der Gedanken auf den Kriegsrummel, die man dort mit der sogenannten Luftschutzübung betreibt, kostet eine Menge Geld.

So meldet z. B. der Bericht über die „Vernebelung des Großkraftwerkes Friedland“: „bei der Probevernebelung etwa 1000 Liter Säure verbraucht“; „bei der Hauptvernebelung soll das zur Vernebelung gelegte Röhrensystem in Tätigkeit treten“; „zunächst hatte man sich darauf beschränkt, aus Nebelöfen von 10 Liter Inhalt Chlor-Sulfon-Säure zu vernebeln“.

Und was die Vernebelung des Gehirns erst kostet!

## Vierter Strafsenat gegen „Rote Fahne“-Redakteur.

Gochbels Mordhetze ungestraft.

k Leipzig, 25. Juni.

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am Sonnabend den Schriftleiter der „Roten Fahne“ in Berlin, WILHELM PANKOW, wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Vergehen gegen § 4 Absatz 1 des Republik-schutzgesetzes (Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung) zu neun Monaten Festungshaft.

Die Anklage wurde wegen folgender Artikel in der „Roten Fahne“ erhoben: Referat MANUILSKIS auf dem XI. EKKI-Plenum, Referat THÄLMANN'S auf dem XI. Plenum des EKKI und der Aufruf der KPD, der KP Frankreichs, Englands, Polens, der Tschechoslowakei: „Nieder mit dem Versailler Raubsystem!“, außerdem wegen des Telegramms des ZK der KPD an die meuternden englischen Matrosen. In diesen Artikeln wurden die Arbeiter aufgefordert, alles zu mobilisieren für den politischen Massenstreik gegen die Verelendung der werktätigen Massen, „gegen Youngsklaverei, Versailler Friedensdiktat, für den Sturz des heutigen Systems“.

Der Verteidiger PANKOWS führte treffend aus, daß im „Angriff“ und im „Völkischen Beobachter“ täglich zum Mord gehetzt werde, ohne daß die Redakteure bestraft würden.

## Neues SAZ-Verbot.

Um das trojanische Pferd.

Die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ ist erneut auf fünf Tage verboten worden.

Gründe: „Beschimpfung und böswilliges Verächtlich-machen“ des Reichspräsidenten. GRZESINSKI beruft sich in der Begründung auf folgende Wendungen: die „VON HINDENBURG unter Verfassungsbruch eingesetzte PAPPEN-Diktaturregie-rung“; „HINDENBURG in offener Verletzung des Wortlauts des Verfassungsartikels 54...“; „Aber nach der Wahl bestimmen die Interessen der Großgrundbesitzer und die Bolange seines Neudecker Gutes das trojanische Pferd der Junker, sein Handeln: Arbeiter tragen ja nur die Schwielen und kein Portepéc.“

Die Geschichte vom trojanischen Pferd war so: die Griechen packten, nachdem sie Troja jahrelang vergeblich belagert hatten, einen Trupp Bewaffneter in ein hölzernes Pferd und schoben dies Ungetüm vor die Mauern der Stadt. In die Stadt schickten sie einen Spitzel, der die frommen Tro-janer beschwätzte, sie sollten das stattliche Tier in der Stadt als Weihgeschenk für die Göttin Athene aufstellen. Als das dann geschehen war, war das Unglück da.

Nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedürfen der Reichs-kanzler und die Reichsminister des Vertrauens des Reichs-tages. Dies Vertrauen haben PAPPEN und seine Mitarbeiter bisher nicht eingeholt, obwohl der Artikel 54 nicht zu denen gehört, die auf Grund des Artikels 48 vorübergehend außer Kraft gesetzt werden können.

**Was Severing bei von Geyl zu suchen hatte,** ist nicht klar, obwohl SEVERING über den Besuch von Geyl Er-klärung veröffentlicht hat. Darin heißt es:

„In einer Unterredung zwischen den beiden Innen-ministern hat der preußische Innenminister die Reichs-regierung dringend gewarnt, ohne durchschlagende rechtliche Gründe die Reichsaufsicht oder gar die Einsetzung eines Reichskommissars einem Lande oder mehreren Ländern gegenüber in Anwendung zu bringen. In Preußen sei und bleibe die Polizei fest in der Hand des Ministers.“

Darauf wird Herr VON GEYL sagen: dann werden wir eben die „durchschlagenden rechtlichen Gründe“ suchen. Es wäre besser gewesen, SEVERING hätte bei der Innenminister-Konferenz der Länder eine klare Sprache geredet, statt jetzt zu Herrn VON GEYL zu gehen und lahme Erklärungen ab-zugeben.

## Einträgliche Scheingeschäfte bei Devaheim.

b Berlin, 26. Juni.

Im Devaheim-Prozess wurde am Sonnabend ein „Ent-schuldungssparvertrag“ über 20 000 Mark orrtert, den ERNST WILHELM CREMER, der Sohn von Pastor CREMER, im April 1930 mit der Devaheim abgeschlossen hatte. Der Vertrag war auf Täuschung berechnet; es wurde nichts auf ihn eingezahlt; er genigte aber als Unterlage für eine weitere unrecht-mäßige Zahlung in Höhe von je 10 000 Mark an General-direktor JEPPEL und Prokurist CREMER!

Pastor CREMER schloß mit der DEUZAG einen „Kapital-bildungsvertrag“ über 100 000 Mark. Er erhielt aus ihm 3500 Mark gutgeschrieben und behauptet nun, von dieser Gut-schrift keine Kenntnis gehabt zu haben. JEPPEL erklärt, daß Pastor CREMER, der die Einzahlungsraten nicht habe leisten können, die auf Grund des Kapitalbildungsvertrages fällig waren, selber vorgeschlagen habe, diese Einzahlungen durch Belastung seines Provisionskontos zu „konstruieren“.

Auch JEPPEL schloß mit sich selber einen Bausparvertrag über 28 000 Mark ab.

Dem Fabrikbesitzer LOHMANN, einem Verwandten des Rechtsanwalts WRONKER aus Flatow, der bei der amerikani-schen Auslandsanleihe die Interessen der amerikanischen Banken vertreten hatte, wurde ein Darlehen von 200 000 Mark zur Verfügung gestellt einfach auf Grund der Tatsache, daß man JEPPEL erklärt hatte, ein Kredit sei nur zustande ge-kommen, weil Rechtsanwalt WRONKER die Zustimmung dazu gegeben habe.

## Kirchenaustritte.

Wir machen darauf aufmerksam, daß der Deutsche Freidenker-Verband

jeden Dienstag und Freitag abend von 19 bis 20 Uhr die Möglichkeit bietet, bei Anwesenheit eines Notars, also ohne Besuch beim zuständigen Amtsgericht, aus der Kirche auszutreten, und zwar in

Berlin O 17, Große Frankfurter Str. 141 v. II.  
Ausweis nicht vergessen!

# Der Ruf nach der Einheitsfront.

Die Mitgliederversammlung des „Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes“ (Eisenach) vom 24. Juni 1932 forderte den Hauptvorstand des „Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes“ und den ADGB auf, sich für folgende Resolution einzusetzen:

„Die Pappen-Regierung ist die reaktionärste und arbeiter-feindlichste Regierung, die Deutschland seit 1918 gehabt hat. Diese Regierung der Großgrundbesitzer und Schwerindus-triellen denkt nicht daran, durch Zerschlagung der Kar-telle und durch eine vernünftige Siedlungspolitik den Ausweg aus der Krise zu gehen. Man muß vielmehr damit rechnen, daß sie Deutschland in Inflation, Faschismus und Krieg bring-en wird. Die kommende Reichstagswahl kann für Jahr-zehnte die vorläufig letzte Wahl sein, wird das Ende jeder Arbeiterfreiheit bedeuten, wenn die Arbeiterschaft nicht in letzter Stunde entschlossen allen Parteihaß beiseiteschiebt und alle Kraft darauf lenkt, gemeinsam die Reaktion zurück-zudrängen. Sieh jetzt die alten Fehler gegenseitig vorzu-werfen, bedeutet Selbstmord der Arbeiterbewegung überhaupt.“

Wir fordern deshalb für die kommende Reichstagswahl die Aufstellung einer einheitlichen Arbeiterliste, aber minde-stens Listenzusammenlegung der Arbeiterparteien. Eine solche Einigkeit wird viele Arbeiter, die angewidert durch den Bruderkampf des Proletariats dem politischen Leben den Rücken gekehrt haben, ermuntern, den Kampf gegen die Re-aktion wieder aufzunehmen. Wir verlangen von den Leitun-gen der Arbeiterorganisationen, daß sie sich mit aller Kraft für diese Resolution einsetzen, um die Arbeiterbewegung vor den völligen Zerfall zu bewahren.“

Diese Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Die Mitgliederversammlung des Verbandes der Buch-binder und der Papierverarbeiter Deutschlands, Zahlstelle München, nahm am 24. Juni folgende Resolution einstimmig an:

„Die Versammlung fordert von der Ortsverwaltung, fol-gende Resolution an den Hauptvorstand des Verbandes weiterzuleiten:

Die Versammelten fordern vom Hauptvorstand des „Ver-bandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands“, sofort Schritte beim ADGB zwecks Bildung einer Einheits-front zu unternehmen. Sie verlangen weiterhin den ADGB zu veranlassen, eine Plattform auszuarbeiten für die

Schaffung eines einheitlichen linken Wahlblocks  
SPD — KPD,

bzw. Listenverbindung zur bevorstehenden Reichstagswahl.

Tausende Funktionäre und Millionen Arbeiter und An-gestellte erwarten in den Stunden der höchsten Ge-fahr für den Fortbestand der Arbeiterbewegung nach jahre-langen Fehlern auf allen Seiten endlich Besinnung! Nutzen

**Fordert Unterschriften-Listen an!  
Zeichnet Euch ein! Sammelt Unterschriften!**

wir die Begeisterungswelle in der Arbeiterschaft, um mit un-widerstehlicher Kühnheit den gemeinsamen Feind der Ar-beiterklasse, den Faschismus, auf immer zu schlagen.

Diese Entschliebung ist auch dem Ortsausschuß des ADGB München zuzuleiten.“

## Kampfkraft zusammenhalten!

Die Zentralinstanzen des Holzarbeiterverbandes haben beschlossen:

„Als Notmaßnahmen treten mit dem Beginn des dritten Vierteljahres 1932 folgende Bestimmungen in Kraft:

1. Die Zahlung von Krankenunterstützung wird vorläufig ganz eingestellt.
2. Die Arbeitslosenunterstützung wird auf die Hälfte der statutarischen Sätze herabgesetzt.
3. Die Bezugsdauer für die Arbeitslosenunterstützung wird von zehn auf acht Wochen herabgesetzt.
4. Die Invalidenunterstützung wird auf ein Drittel der statutarischen Sätze herabgesetzt.

Die Einschränkung der Unterstützungsausgaben ist um so notwendiger und dringender geworden, als unter dem neuen politischen Kurs die gewerkschaftliche Selbsthilfe zur Ver-teidigung der Arbeitsbedingungen für die Arbeiterschaft lebenswichtiger geworden ist, als sie jemals war. Die neue Reichsregierung hat sich mit ihrer ersten Erklärung offen und brutal zur Sozialreaktion bekannt. Dieses Kabinett der Junker und der Unternehmer ist augenscheinlich entschlossen, den staatlichen Schutz der Arbeitskraft vollends aufzuheben und unter dem Druck der riesenhaften Arbeitslosigkeit die Arbeiter als Freiwild den Unternehmern zu überlassen. In dieser für die Arbeiter überaus ernsten Situation wird es allein von der Kampfkraft der Gewerkschaften abhängen, ob die Träume des Unternehmertums von einer noch weitern, maßlosen Verelendung der Arbeiterschaft in Erfüllung gehen können. Für den Kampf gerüstet sein, ist jetzt das gewerk-schaftliche Gebot, dem alle anderen Rücksichten unterzuordnen sind.“

Der Holzarbeiter-Verband vertraut auf den bewährten Geist seiner Mitglieder und sagt: „Woher der deutschen Arbeiterschaft, wenn sie sich jetzt entmutigen lassen und ihre Organisationen schwächen lassen wollte!“

Wie nötig starke Gewerkschaften heute sind, haben wir oft betont und gerade deshalb die peinlichste Beachtung der Ueberparteilichkeit der Gewerkschaften gefordert, weil sie dann am besten in der Lage sind, allen Parteistreit aus ihren

Reihen fernzuhalten. Wir hoffen, daß die Gewerkschaften sich aus diesem Grunde von der Wahlpropaganda für die SPD fernhalten.

## Johannisfest / Eine Solidaritätsaktion

F. K. Alljährlich im Juni feiern die freigewerkschaftlich organisierten Buchdrucker das Johannisfest zu Ehren ihres Altmeisters Gutenberg. Auch der Ortsverein Göttingen im VdDB wollte wieder zu diesem Fest ritzen. Auf der Tages-ordnung der letzten Mitgliederversammlung stand die Be-schlussfassung über das Wie und Wo dieser Veranstaltung. Da dieses Fest große Unkosten macht und die Ortskasse einen erheblichen Zuschuß leisten muß, konnte man sich nicht so recht einig werden. Jetzt machte ein Kollege den Vor-schlag, doch in diesem Jahre von einer Feier Abstand zu nehmen. Das sonst verausgabte Geld für Saal, Musik, Steuern und so weiter möge man den erwerbslosen Kollegen zukom-men lassen, die es nötig gebrauchen könnten. Dieser Vor-schlag fand Unterstützung und wurde noch ergänzt, jedem erwerbslosen und invaliden Kollegen einen festen Betrag von 5 Mark zu überreichen. Mit Dreiviertelmehrheit wurde dieser Vorschlag angenommen.

Dies ist die schönste und würdevollste Form, wie! Frei-gewerkschaftler in der heutigen Zeit Feste „feiern“ sollten. So wird erstens das durch Beitragsgrößen gesammelte Geld nicht nutzlos verplempert, denn die Erwerbslosen haben ein Paar heile Schuhe nötiger als ein rauschendes Fest; und zweitens wird das Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbel-tenden mit den Arbeitslosen gestärkt. Die Solidarität sollte in allen Gewerkschaften höher stehen als die noch allzu oft anzutreffende Vereinsmeierei.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszowski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahme-Preisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST - REFORMHAUS

Magdeburg

O. v. Guerickestraße 104

Erstklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge ♦ Damen-Mäntel  
Mäntel-Kostüme  
III Tadellosar Sitz III

Schönheit

Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. l.  
Stoffmuster vorrätig.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barcostraße 8.

Telefon: 25 33 42

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.

Festspiele des Films:

27. Juni: Chaplin: Die Nächte einer schönen Frau mit Marjón, Paiv oca.

Chaplin in: Ein Hundeleben.

ab 28. Juni: Rangoo (Ein Tierfilm von Schoedtsack)  
F. Byrd: Zum Südpol.

Anfangszeit: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt

Euro

Zeitung!

Werbt Abonnenten!

Sammelt Anzeigen!

Vorzugs- bei Einblättern unsere Leserzeitung!

Soeben erschien:

Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?

Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.

Von Helene Beyer.

52 Seiten. Geheftet 0,40 M.

Aus dem Inhalt:

Zur Zinstheorie der Freigeldlehre.

Ist der Geldbesitzer dem Warenbesitzer wirtschaftlich überlegen?

Die Ursache des Zinses.

Worin besteht die „Willkür“ der so genannten Geldbesitzer?

Die Ursache der Ausbeutung.

Kann der Zins durch Einführung von Schwundgeld abgeschafft werden?

Wirkungen des Schwundgeldes.

Zur Krisentheorie der Freigeldlehre.

Die Quantitätstheorie.

Die Ursachen der Wirtschaftskrisen.

Können die Wirtschaftskrisen vermieden werden durch die Einführung der Index-währung?

Können die Wirtschaftskrisen durch das Schwundgeld vermieden werden?

Gold- oder Indexwährung?

Der Geldstreik.

Die Wära-Aktion.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Postscheckkonto: Berlin 618 42.

## Wie Goebbels es wünscht.

Ungeheuerliches Zuchthausurteil gegen Kommunisten.

h Berlin, 25. Juni.

Vor einer großen Strafkammer beim Landgericht III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors RAMBRE hatten sich neun kommunistische Arbeiter, die teilweise der KPD, teilweise dem Rotfrontkämpferbund und teilweise dem Wanderverein „Geierkralle“ angehören, wegen unbefugten Waffenbesitzes, Bildung bewaffneter Haufen und wegen Verabredung zur Begehung von Verbrechen wider Leben zu verantworten. (§ 1 Republiksschutzgesetz.) Die neun Kommunisten wurden am 22. Januar abends festgenommen, als sie im Begriff standen, nach einem gemeinsam gefaßten Plan auf dem Heimwege befindliche Nationalsozialisten zu überfallen. Den neun Kommunisten wurde eine Anzahl moderner Feuerwaffen abgenommen, die vorher in einem kommunistischen Verkehrslokal in der Nähe der Kolonie „Grönland“ in Hohenschönhausen von einer einheitlichen Leitung aus verteilt worden waren. Wie die Kriminalpolizei vermutete, handelte es sich hierbei um eine kommunistische Terrorgruppe, die in kommunistischen Kreisen als T-Gruppe bezeichnet wird. Neben den Waffen wurde einem der Kommunisten ein Blankoausweis der SA abgenommen.

Während das Schöffengericht Lichtenberg in erster Instanz die Kommunisten zu Gefängnisstrafen zwischen zwei Jahren einem Monat und einem Jahr einem Monat verurteilt hatte, kam die Strafkammer in der Berufungsverhandlung über den Antrag des Staatsanwalts hinausgehend zu einem wesentlich höheren Urteil. Vier der angeklagten Kommunisten wurden zu Zuchthausstrafen zwischen zwei Jahren und sechs Monaten bis zu drei Jahren verurteilt, außerdem zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von je fünf Jahren. Die fünf übrigen Kommunisten erhielten Gefängnisstrafen von zwei Jahren bis zwei Jahren drei Monaten.

Ein ungeheuerliches Urteil. „Die Angeklagten standen im Begriff!“ Dafür gibt's Zuchthaus!

Wir erinnern an ein Beispiel von Nazis, die nicht nur „im Begriff standen“, sondern heimkehrende „Reichsbanner“-leute wirklich überfielen, und zwar nach verabredetem Plan und mit dem Erfolg, daß ein Arbeiter getötet wurde: an den Ueberfall in Röntgenal bei Berlin, im März 1930. Die Höchststrafe betrug drei Jahre Gefängnis.

GOEBBELS

ruft in einem fort nach staatlichem Schutz gegen den „roten Terror“.

Das neue Berliner Urteil ist sein erster Erfolg in dieser Richtung.

Gleichzeitig werden

bei dieser Gelegenheit die Kommunisten über die Amnestie belehrt

werden, der sie zugestimmt haben.

Nach der bisherigen Fassung des Amnestiegesetzes würde nämlich das Vergehen der neun Kommunisten unter die Amnestie fallen. Das erscheint jedoch, wie die Telegraphen-Union erfährt, „namhaften Juristen als derartig untragbar“, daß dieser Fall „den maßgebenden Stellen zum Vortrag“ gebracht werden soll, damit diese sich überlegen, ob nicht auch die Verabredung zur Begehung von Verbrechen wider das Leben (das Im-Begriff-Stehen!) von der Amnestie ausgenommen werden soll.

Was aus dieser nationalistisch-kommunistischen Amnestie wird, ist hiernach ziemlich klar: wo sie einen Kommunisten aus dem Gefängnis schlüpfen läßt, wird man versuchen, die Bestimmungen so zu ändern, daß er darin bleibt.

## Ein Brief aus dem Modellgefängnis von Barcelona.

Wir bringen im Folgenden den Bericht, den uns Genosse SOUCHY über das Schicksal eines französischen Genossen auf spanischem Boden geschickt hat. Die Redaktion.

„Le petit Parisien“ berichtete am 30. Mai unter der Überschrift „Chaudes alertes en Espagne“ (Heiße Warnrufe aus Spanien) von der Verhaftung zweier Franzosen und eines Deutschen in Barcelona. Einer der festgenommenen Franzosen war ANDRE BERRAT, französischer Deserteur, im Alter von 35 Jahren wie die Pariser Zeitung berichtete.

Ich kenne ANDRE BERRAT seit 10 Jahren. Er ist in Paris geboren, einer jener nordfranzösischen Typen, die man leicht mit Pommern oder Holsteinern verwechseln könnte. Groß, kräftig, blaue Augen und blondes Haar. BERRAT ist Idealist reinster Prägung. Er hat eine wahre Odyssee hinter sich. Die französischen Deserteure haben es nicht leicht, sich durchzuschlagen. ANDRE kennt die Gefängnisse Frankreichs, Belgiens, Deutschlands, und jetzt hat er auch Gelegenheit, das „Modellgefängnis“ von Barcelona kennen zu lernen. Er stammt aus einer gut bürgerlichen Familie, ist von Beruf Bankangestellter, und als ich ihn vor zwei Jahren in Brüssel traf, hatte er eine gut bezahlte Stellung als Bürovorsteher. Doch man kam dahinter, daß er Deserteur sei, er verlor die Stellung und mußte Belgien verlassen.

Am 1. Mai dieses Jahres traf ich ihn in Barcelona wieder. In Spanien hoffte er vorübergehend Ruhe zu finden. Es ging ihm schlecht, er verdiente etwas mit technischen Uebersetzungen, später jedoch fand er als Bauhilfsarbeiter Arbeit. Er wurde Carpintero und trat der Gewerkschaft de la Madera bei, die in der Calle Rosal ihren Sitz hat. Nach Feierabend konnte man ihn im Gewerkschaftslokal treffen, wo er die Bücher der Gewerkschaftskasse in Ordnung brachte.

Er war in Barcelona als Militärflüchtling gemeldet und erhielt auch als politischer Emigrant Aufenthaltsgenehmigung. Doch da er aus seiner anarchistischen Gesinnung kein Hehl machte, wurde er von der Polizei beobachtet.

Zum 29. Mai hatten die Gewerkschaften Barcelonas eine Protestversammlung gegen die Deportationen einberufen. Die Kundgebungen wurden von der Regierung verboten. Um ganz sicher zu sein, daß es zu keiner Versammlung käme, ließ der Gouverneur von Barcelona tags zuvor eine Anzahl bekannter Arbeiterführer verhaften. Gleichzeitig wurde eine Razzia unter den in Barcelona lebenden Ausländern vorgenommen, soweit sie Mitglieder der syndikalistischen Gewerkschaften

# Die Klassenfunktion der DNVP.

Die Partei der Herren über die Partei der Knechte.

Aus den Reden auf der Reichsführertagung der Deutschnationalen Volkspartei, die am Sonnabend-Sonntag in Berlin stattfand, sei folgendes mitgeteilt:

„Wenn nicht die Deutschnationale Volkspartei als starker Faktor innerhalb der erhofften nationalen Mehrheit steht, fürchte ich, daß eine Entwicklung schwer wird abgesehen werden können, die ich für eine der gefährlichsten ansehe, die dem deutschen Volk überhaupt beschieden sein kann, nämlich die Entwicklung, daß Nationalsozialismus und Zentrum sich finden und daß auf Grund der Querverbindung der in dem bekannten politischen Wahn Deutschland zugrunde richtenden Gewerkschaften das fort dauert, was das deutsche Wirtschafts- und Geistesleben zugrunde gerichtet hat.“

Eine Gefahr liegt auch in einem etwaigen Alleinregiment der Nationalsozialisten.

Die Deutschnationale Volkspartei ist berufen und hat die Aufgabe, diese Möglichkeiten zu verhindern. . . daß man einer solchen großen nationalen Bewegung Gelegenheit geben muß, zu arbeiten und sich praktisch zu betätigen und an der Uebung an praktischen Aufgaben sich rechtzeitig unter fremder Hilfe abzuschleifen, was an Gefahren an solchen Bewegungen vorhanden sein kann. Der Unterschied muß klar gemacht werden zwischen unserer Auffassung über „sozial“ und „sozialistisch“, und derjenigen der Nationalsozialisten, die wirklich sozialistisch sind. Als besonderer Störenfried der nationalen Entwicklung ist in den letzten Monaten mit größter Klarheit

das Zentrum in den Vordergrund getreten. Es hat gezeigt, daß es ein nationaler Zersetzungsfaktor ist. Das Zentrum ist innig verknüpft mit dem Marxismus.“

(Aus HUGENBERGS Rede.)

## Zerschlagung der Gewerkschaften.

„Die soziologische Form der von uns erstrebten Nationalwirtschaft hat nicht zu heißen: „Gewerkschaften und Arbeitgeberverband“, sondern „Unternehmer und Arbeiter“ — ganz gleichgültig, ob man das Werksgemeinschaft, Werkverband, Betriebsgemeinschaft oder sonstwie nennen will; Verlegung des Schwergewichts des Tarifwesens aus überbetrieblichen Instanzen in den Betrieb. Grundsatz: Werkstarif geht vor Allgemaintarif. Abstellung des Zwanges der kollektivistischen Arbeitsvermittlung und Wiederanerkennung des Rechts (!) des Arbeiters zum Abschluß von Arbeitsverträgen.“ (Aus der Rede BANGS.)

Das „Recht, Arbeitsverträge zu schließen“ hat auch beim heute kaum noch vorhandenen Tarifrecht jeder; es ist auch durch Tarife immer nur eine untere Grenze angegeben worden für die Arbeitsbedingungen: wenn aber z. B. 8 Tage Urlaub nach dem Tarif den Arbeitern zustanden, dann war es keinem verwehrt, einen Arbeitsvertrag abzuschließen mit der „freien“ Vereinbarung von 14 Tagen. Die so ostentativ geforderte Freiheit für den Arbeiter ist also ein bloßer Trick, der in Wahrheit nur dem Unternehmer die Freiheit geben soll, unter die Mindestsätze der Tarife hinunterzugehen.

## Deutsche Industrielle für den faschistischen Staat.

t Berlin, 26. Juni.

Auf der Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, über deren ersten Teil wir in der vorigen Nummer berichtet haben, hielt CLEMENS LAMMERS einen

Vortrag über: „Autarkie — Planwirtschaft — Berufsständischer Staat“. Wir entnehmen dem Bericht der Telegraphen-Union über diese Rede:

Der Redner erörterte die Frage, ob nicht gewisse Planungen auch unabhängig von dem Autarkiestreben sowohl in Anbetracht der Notlage des deutschen Volkes wie auch aus grundsätzlichen Erwägungen heraus zweckmäßig und notwendig seien. Mit Nachdruck wandte er sich gegen falsche Methoden einer Planung, wie sie bis in dem Rufe nach Staatshilfe im Rahmen der Kartelle, der Sozialpolitik und auch privater Wirtschaftskreise mehr und mehr zeigen. Die Inanspruchnahme von Subventionen zum Zwecke der Entlastung von den Folgen spekulativen Gebarens oder privatwirtschaftlicher Fehler decke sich in keiner Form mit der Betonung des selbstverantwortlichen Individualismus, der die Folgen des eigenen Handelns bereitwillig auf sich nimmt (!). Dagegen sei eine vernünftige Planung auch auf dem Boden privatwirtschaftlicher Selbstbestimmung durchaus möglich. Der Redner schilderte, welche Aufgaben insbesondere den verschiedenen Organisationen des industriellen Unternehmertums obliegen können, deren Politik die wünschenswerte Vertiefung — auch im Sinne mancher neuen Wirtschaftsdeideen — erfahre. Der Gedanke geistiger Parität, der sich in manchem

Streben nach ständischer Gliederung des Volkes ausdrücke, sei grundsätzlich voll zu bejahen. Der Redner gab einen kurzen Ueberblick über die Pläne für den Aufbau des Ständewesens und die Verteilung der Aufgaben. In diesem Zusammenhang behandelte er auch das Führerproblem, wobei er die darin liegenden ethischen und nationalen Pflichten stark unterstrich. Den Abschluß bildeten Ausführungen über das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Staat sowie dasjenige des demokratischen Gedankens, der dem Ständeproblem innewohnt, zu der autokratischen Staatsführung.

Schade, daß der Bericht nicht eingehender ist. Aber das ist wohl Absicht. Wer nicht dabei war, kann nicht mit Sicherheit sagen, was im einzelnen gemeint ist. Aber eins ist klar: Die Industriellen erklären sich grundsätzlich

bereit, beim Aufbau eines faschistischen Ständestaates mitzumachen.

Das gilt wenigstens, solange der „Führer“ seine „nationale Pflicht“ erfüllt, sie Profite machen zu lassen, und ihnen Verluste aus Mitteln der Allgemeinheit zu bezahlen.

Hitler — „Freund der Schwerindustrie“.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ hat der volksparteiliche Abgeordnete SCHULTZE, ein Vertreter der Braunkohlenindustrie, im Thüringischen Landtag Mitteilungen über eine Konferenz gemacht, die HITLER vor einiger Zeit hinter verschlossenen Türen mit Vertretern der west- und mitteldeutschen Großindustrie gehabt habe. Dort habe sich HITLER selber als „einen der besten Freunde“ der Schwerindustrie bezeichnet.

## Zur Nachahmung empfohlen!

Kirchenaustritt als Antwort auf Freidenker-Verbot.

Die Schulleitung einer Volksschule bei Dresden erhielt folgendes Schreiben eines Vaters:

Auf Grund des Verbotes der proletarischen Freidenker bin ich mit meiner Familie von der Kirche ausgetreten. Ich beantrage darum, daß meine Tochter an Stelle des Religionsunterrichtes die Lebenskunde besucht. Um sofortige Regelung dieser Angelegenheit bittend,

zeichnet hochachtungsvoll

M. M.

waren. Nach dem Gesetz zum Schutze der Republik sind die spanischen Gewerkschaften verpflichtet, ihre Mitgliederlisten regelmäßig den Behörden vorzulegen. Das Herausziehen der Ausländer aus diesen Listen ist für die Polizei eine leichte Sache. So kam es, daß auch ANDRE BERRAT verhaftet wurde.

Vor ein paar Tagen erhielt ich einen Brief von ihm aus dem Modellgefängnis Barcelonas. Ich gebe seinen wesentlichen Inhalt hier wieder.

Barcelona, Careel Modelo, den 8. Juni 1932.

Lieber S.! Meine revolutionäre Erfahrung in Spanien hat vermutlich ihren Abschluß gefunden, denn — ich sitze im Gefängnis! — Am Sonnabend, dem 29. Mai, also am Vorabend des Agitationstages, der von der CNT organisiert worden war, wurde ich verhaftet. Im Moment, als ich meine Arbeitsstätte verließ, setzten mir drei Polizisten den Revolver vor die Brust und schleppten mich ins Zellengefängnis des Polizeipräsidiums, wo ich bis zur Nacht des darauffolgenden Sonnabends verblieb, obgleich nach den gesetzlichen Bestimmungen die Ueberführung ins Gefängnis nach spätestens 72 Stunden zu erfolgen hat. Am 28. wurde ich gegen zwei Uhr morgens von Polizisten der „sozialen Abteilung“ und von Sturmgardisten abgeholt und auf das „Zimmer für freiwillige Geständnisse“ geführt. Dort wurde ich über ein Bett gestreckt, während zwei Kolosse von den Sturmgardisten unbarmherzig mit Gummiknüppeln auf mich einschlugen — und zwar nach „wissenschaftlichen Anweisungen“ von „Spezialisten“ der sozialen Polizei. So vollzog sich mein „Verhör“. Man wollte mir Geständnisse erpressen: über eine angebliche bewaffnete Verschwörung, über ein eingebildetes Waffendepot, sowie die Namen beteiligter Genossen. Da ich von all dem keine Ahnung hatte, konnte ich natürlich die Wißbegier meiner Folterer nicht befriedigen. Schließlich wurde ich in meine Zelle zurückgebracht. Jetzt kam ein anderer französischer Genosse, RENE FLAIS, an die Reihe, der fast zu gleicher Zeit mit mir verhaftet worden war, weil er des Verbrechen schuldig war, mich zu kennen. Auch MARCEL, den Du gut kennst, wurde, nur weil er bei mir wohnte, ohne den geringsten Anlaß verhaftet; ebenso FERNAND MICHAUD, dem ich ein einziges Mal und rein zufällig in den „Ramblas“ begegnet war.

In der folgenden Nacht holten mich die Büttel der „Arbeiterrepublik“ von neuem zum „Verhör“. Diesmal überwachte der Chef der Geheimpolizei in höchst eigener Person den Vorgang. Das Verhör begann mit der Verheißung, mich nach Montjuich zu bringen, um dort das verhängnisvolle „Gesetz gegen Fluchtversuch“ an mir zu vollziehen. Schließlich aber, nach einer ganzen Reihe von Todesrohungen, entwickelte sich eine rohe, bestialische Gewaltszene, die ein Dutzend rasender Bestien gegen einen völlig hilflosen, waffenlosen Menschen entfesselte: Hiebe mit dem Gummiknüppel, Kinnhaken, Stöße mit der Spitze des Gummiknüppels vor Magen und Leib, regneten bis zu meiner völligen Erschöpfung auf mich nieder. Während dieser ganzen Zeit

waren auf dem Korridor Gardisten der Sturmpolizei postiert, die mit lautem Lachen, Gröhlen und Händeklatschen meine heulenden Schmerzensschreie übertönen sollten. Halbtot wurde ich in mein verpestetes Kerkerloch zurückgeschleppt, wo ich — ohne Stroh und Decke auf dem nackten Zementboden hingestreckt — Muße genug hatte, über die Herrlichkeit des „demokratischen Regimes“ Betrachtungen anzustellen, während die Schmerzensschreie von RENE FLAIS, der nun seinerseits die Tortur durchmachte, an mein Ohr drangen. —

In der Nacht zum Montag erstieg ich zum dritten Mal die verhängnisvolle Treppe; diesmal aber kam ich mit ein paar Knüppelhieben und Faustschlägen davon, da sich meine Folterknechte offenbar überzeugt hatten, daß ich nichts auszusagen konnte, da ich nichts wußte. Mit schmerzgequältem und blutunterlaufenem Körper wurden FLAIS und ich in Kerkerzellen gepfercht, die 4 m in der Länge zu 2,30 m Breite maßen; hier waren wir des Nachts zuweilen 22 Mann: Landstreicher, Zuhälter, Homosexuelle, Diebe und Genossen. Endlich am 5. Juni kam die Befreiung: wir wurden in das „Modelo“-Gefängnis überführt, dieses Paradies, das nicht eine einzige Dusche bietet für eintausend Menschen, die dort tatsächlich in Gewahrsam sind, wo das Essen verfault riecht, aber wo man doch wenigstens sicher ist vor Mißhandlungen und Auspeitschungen. Wir sind nun also hier: MARCEL und FERNAND MICHAUD, die — ich muß es wiederholen — absolut nichts getan haben, wofür nicht der Gouverneur die bloße Tatsache, daß sie mich kennen, ihnen als Verbrechen anrechnet, und RENE FLAIS, der mit mir zugleich mehr oder minder kompromittiert ist, da die Durchsuchung in meinem Hause zur Entdeckung von zwei Selbstschußpistolen führte. Wir sind alle „Regierungsgefangene“ und sind auf die Ausweisung gefaßt.

Für mich und MARCEL ist diese Maßregel ziemlich bedenklich, weil wir den Händen der französischen Behörden ausgeliefert werden sollen. Da ich regelrecht als Flüchtling polizeilich gemeldet bin, besteht über meine Eigenschaft als „Deserteur“ kein Zweifel. Auch MARCEL, der den Gehorsam verweigert hat, muß um jeden Preis vermeiden, den französischen Gendarmen in die Hände zu fallen, obgleich er „Deutscher“ ist. Ich möchte Dich also bitten, auf die spanischen Genossen einen gewissen Druck auszuüben, damit sie sich in dieser Angelegenheit ein wenig rühren. Eile tut not, denn wir können von einem Tag zum andern abgehoben werden. Ich vergaß zu betonen, daß derartige Szenen auf dem Polizeipräsidium, wie ich sie eben geschildert habe, allzu häufig vorkommen.

Dein ANDRE BERRAT.

BERRAT bittet noch; man soll sich bei den spanischen Behörden dafür einsetzen, daß er nicht nach Frankreich ausgeliefert wird. Doch die nächste Grenze, nördlich der Pyrenäen, ist Frankreich.

Der Fall verdient internationale Beachtung. Wer der Meinung ist, daß anständige Rechtsverhältnisse nicht auf die Grenzen eines Landes beschränkt bleiben dürfen, sollte BERRATS Freilassung fordern.

A. Souchy.

# Die Krise in Frankreich.

## Ein besonders lehrreicher Fall.

Kürzlich haben wir die Verschärfung der Krise in den Vereinigten Staaten geschildert und einige politische Folgerungen gezogen. Daß auch Frankreich mehr und mehr von der Krisen-Flut umspült wird, haben wir im „Funken“ berichtet. Aber welche Höhe die Flut dort schon erreicht hat, ist weniger bekannt. Man denkt meist besonders daran, daß die Bank von Frankreich einen außerordentlich großen Goldbestand hat und daß obendrein auch die französischen Sparer Gold gehamstert haben. Wie kommt es, daß auch in einem reichen Land die Krise immer bedrohlicher wird?

### Frankreichs Achilles-Ferse.

Die verwundbare Stelle, die Achilles-Ferse der französischen Wirtschaft, ist die Ausfuhr.

Wenn in anderen Ländern eine Krise ausbricht und die dortigen Industriellen und Bauern beginnen, ihre Waren auf den Weltmarkt zu werfen und die Preise zu drücken, dann kann ein wirtschaftlich besser gestelltes Land sich einigermaßen gegen die Einfuhr von Waren schützen, die ausländische Unternehmer zu Dumping-Preisen an den Mann zu bringen suchen.

Aber was kann ein Land wie Frankreich tun, um die Rückwirkungen der internationalen Schleuder-Konkurrenz auf seine Ausfuhr (also die Konkurrenz auf dem internationalen Markt, wo die französischen Importeure verkaufen wollen) abzuweh-

ren? Es kann den heimischen Markt durch Zölle absperrern, um die Einfuhr fern zu halten und den Binnenmarkt der eigenen Industrie und Landwirtschaft zu reservieren. Aber es kann seine Ausfuhr dem Ausland nicht aufdrängen, wenn dieses sich anderswo billiger eindecken kann. Geht jedoch die französische Industrie dazu über, sich an der Schleuder-Konkurrenz im Ausland zu beteiligen, um ihre Ausfuhr aufrechtzuerhalten, so muß sie mit Verlust arbeiten.

So geht es zwar auch anderen Ländern; aber eben das hat auch dort zur Verschärfung der Krise beigetragen. Wenn nun die französischen Industriellen sich ebenfalls an der Ausfuhr zu Verlust-Preisen beteiligen, so geraten auch sie in die Krise. Wenn sie aber auf diese Ausfuhr verzichten und sich auf den Binnenmarkt beschränken, so sinkt ihr Umsatz; dann bekommen sie auf diesem Weg die Absatzstocung zu spüren. Diese Rückwirkung der Schrumpfung der Ausfuhr ist um so stärker, wenn — wie natürlich auch in Frankreich — die heimische Arbeiterschaft ausgebeutet wird und daher nicht sehr kaufkräftig ist.

Die Ziffern über den französischen Außenhandel sprechen eine deutliche Sprache. Die Ausfuhr ist allgemein stärker gesunken als die Einfuhr; und vor allem ist die Ausfuhr an Fertigfabrikaten von der Schrumpfung betroffen worden. (Die Einzelheiten und die Ursachen dieser Entwicklung haben wir in Nr. 141 besprochen.)

### Die richtige Politik in der Krise.

Welche Politik soll man nun in einem derartigen Fall betreiben? Diese Frage ist für uns grundsätzlich interessant; denn wir dürfen ja nicht damit rechnen, den Sozialismus in allen Ländern auf einmal zu verwirklichen. Was also sollte Frankreich, wenn es ein sozialistisches Land wäre, tun, falls in einem kapitalistischen Bereich eine Krise ausbricht? Im Lichte unserer Antwort auf diese Frage wollen wir dann die Politik beurteilen, die Frankreich betrieben hat.

Frankreich hat sich mit Zöllen und Einfuhrbeschränkungen (durch Kontingentierung der Einfuhr) zu wehren gesucht. Für ein sozialistisches Land können diese Maßnahmen auch berechtigt sein. Aber dann auch nur in bestimmter Weise:

Eine Regierung kann die Rückwirkungen einer auswärtigen Krise auf das eigene Land meist nur mildern, nicht vermeiden.

Auch eine sozialistische Regierung wird gut tun, eine Preissenkung zuzulassen oder sogar zu fördern, um die Konkurrenz auf dem internationalen Markt zu erhalten. Sie wird dabei eine Schmälerung des Einkommens aus der Ausfuhr in Kauf nehmen. Sie wird auch im Inland die Preissenkung wirksam werden lassen, um die Kaufkraft des Binnenmarktes — zum Ersatz für den schrumpfenden Export — zu kräftigen, um den heimischen Umsatz zu steigern und die drohende Arbeitslosigkeit somit einzudämmen. Ein Rückgang der Lebenshaltung wird vielfach auch für das sozialistische Land unvermeidlich sein. Es wird dann diesen Sachverhalt von vornherein anerkennen und gar nicht darauf ausgehen, seiner Industrie und Landwirtschaft die bisherigen Preise durch Zölle zu garantieren.

Eine sozialistische Regierung wird also wohl, unter entsprechenden Umständen, Zölle und Kontingentierungen anwenden, um eine vorübergehend (!) drohende Ueberschwemmung des heimischen Marktes durch die in die Krise geratenen ausländischen Unternehmer zu verhindern. Aber erstens wird sie eine gewisse Preissenkung zulassen und ihre Zölle und Kontingentierungen auf solcher Höhe halten, daß die zur Preissenkung erforderliche Einfuhr hereinkommt.

Zweitens: Eine sozialistische Regierung wird darauf bedacht sein, die nachteiligen Rückwirkungen einer solchen Krise auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen gleichmäßig zu verteilen. (Wir gehen hierbei davon aus, daß in einem solchen Land die Unternehmer nur den ihnen zukommenden Unternehmerlohn erhalten.) Eine sozialistische Regierung wird also nicht einen Wirtschaftszweig vor einem anderen bevorzugen. (Eine geeignete Zollpolitik kann, unter entsprechenden Umständen, diese Aufgabe sowie die im vorhergehenden Absatz aufgestellte Forderung besser als andere Maßnahmen erfüllen.)

Drittens: Von der Krise werden in einem solchen Fall die an der Ausfuhr beteiligten Wirtschaftszweige besonders stark betroffen. Der Rückgang ihres Absatzes ans Ausland wird kaum dadurch wett gemacht werden, daß die inländische Nachfrage infolge einer Preissenkung steigt. In diesen Wirtschaftszweigen kommt es also zu Entlassungen. Diese Arbeitslosigkeit wird wohl teilweise ausgeglichen durch die Steigerung der Nachfrage in anderen Wirtschaftszweigen, die von dem Rückgang der Ausfuhr nicht so betroffen werden. Aber der Ausgleich wird wohl in keinem derartigen Fall auch nur annähernd vollständig sein. Bei Preissenkungen unter den genannten Umständen (also nicht infolge von Rationalisierung!) werden auch bei steigendem Umsatz die gesamten Einnahmen der betroffenen Betriebe fast immer abnehmen. Dabei bleiben die Schulden bestehen und werden daher noch drückender. Dieses Verhältnis hemmt die Geschäftstätigkeit.

Ein derartiger Rückgang der Aus- und Einfuhr kann — im Verhältnis zum Binnenhandel des betreffenden Landes — so groß sein, daß dieser Rückgang genügt, um das sozialistische Land in eine kapitalistische Krise hineinzuziehen. Jedenfalls selbst, wenn ein Rückgang des Außenhandels nicht gleich zu einer Krise führt, so schädigt eine solche Entwicklung gewisse Wirtschaftszweige stärker als andere; dadurch kann ein Wirtschaftszweig mehr oder weniger bankrott gemacht werden, der für gewöhnlich in dem betreffenden Land rentiert und — nach Ueberwindung der Krise in den kapitalistischen Ländern — daher wieder aufgebaut werden mußte. Meistens wird in solchen Fällen auch Arbeitslosigkeit entstehen. Eine sozialistische Regierung soll hier einen gerechten Ausgleich der Rückwirkungen, die eine kapitalistische Krise auf das sozialistische Land ausübt, herbeiführen.

Um insbesondere der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, wird die sozialistische Regierung, je nach Lage der Dinge, eine Herabsetzung der allgemeinen Arbeitszeit veranlassen oder mit öffentlichen Arbeiten eingreifen. Auch in Frankreich käme, wie in Deutschland, eine Förderung des Wohnungsbaues in Frage;

denn auch das französische Proletariat könnte bessere Wohnungen gebrauchen, und insbesondere bessere sanitäre Anlagen. Die Mittel dazu wären von Staats wegen aufzubringen; insbesondere durch Steuern auf die festen Einkommen (aus Anleihen, Renten, Gehältern), da diese bei Preissenkungen in ihrer Kaufkraft steigen; ferner natürlich auf die höheren Einkommen (insoweit es diese im sozialistischen Land gibt).

Auf diese Weise würde die Senkung der Lebenshaltung infolge der Rückwirkungen der kapitalistischen Krise in dem sozialistischen Land so gerecht wie menschenmöglich verteilt werden. Dazu bedarf es nicht der kollektivistischen Planwirtschaft. Dazu genügen einige, ganz bestimmte, gut geplante Eingriffe in die sozialistische Marktwirtschaft. Genau so, wie ein Arzt einem Kranken nur bestimmte Injektionen oder Operationen verordnet, aber nicht seinen ganzen Blutkreislauf und seine Atmung leitet.

### Die verkehrte französische Politik.

Was hat nun die kapitalistische Regierung in Frankreich gemacht? Sie hat auch Zölle erhöht und seit dem Sommer 1931 die Einfuhr durch unmittelbare Kontingentierung beschränkt. Aber sie hat einseitig die Landwirtschaft bevorzugt. Während die Preise für Industriewaren seit langem sinken, hat die französische Regierung es fertig gebracht, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse bis zum Sommer 1931 überhaupt zu halten. Danach sind sie vorübergehend nur um zehn Prozent gesunken; neuerdings sind sie wieder gestiegen, sodaß sie jetzt nur 5 Prozent unter dem Stand von 1930 liegen. Das Nähere zeigt die folgende Tabelle (Juli 1914 = 100):

Monat	K einhandelsindex für Paris	Insge- samt	Agrar- waren	Indus- triewar.	Einheim. Waren	Import- Waren
1930 Januar	609	576	526	619	606	521
April	586	560	523	592	595	495
Juli	601	549	542	556	598	461
Oktober	637	519	525	515	581	408
1931 Januar	649	494	533	462	567	364
April	641	494	548	449	566	365
Juli	615	466	516	423	532	347
Oktober	571	423	466	392	484	314
1932 Januar	561	414	474	362	477	300
April	566	424	498	361	494	298

### Reichsbank.

#### Zunehmende Deckungsbestände bei der Reichsbank.

(Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Reichs- schatz- wech- sel	Lombard- fort.	Wechsel- schecks	Noten- umlauf	Giro- verkehr	Gesamt- Geld- umlauf
15. 6. 1931	1766	104	14	155	2019	3889	824	5400
23. 6. 1931	1411	93	—	137	2350	3726	433	5210
15. 5. 1932	851	189	6	102	3009	3923	354	5921
23. 5. 1932	858	185	2	95	2797	3739	385	5623
15. 6. 1932	823	186	2	109	2981	3815	380	5775
23. 6. 1932	823	188	1	102	2869	3716	400	5640

Nachdem in der vorigen Woche die Deckungsbestände der Reichsbank um insgesamt 27 Millionen Mark abgenommen haben (darunter: die eigenen Deckungsbestände um 6 Millionen Mark), ist in der Berichtswoche eine Zunahme um 3,2 Millionen Mark zu verzeichnen.

Die Ausleihungen der Reichsbank sind insgesamt nur um 120 Millionen Mark zurückgegangen. Während zur gleichen Zeit des Vormonats 118 Prozent der am vorangegangenen Monatsende neu in Anspruch genommenen Kredite zurückgezahlt worden waren, sind es zur Zeit nur 80 Prozent. Das ist zum Teil sicher einfach eine Folge der Regierung PAPFN. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß der Vierteljahresschluß bevorsteht und sich vielleicht schon im vorliegenden Ausweis bemerkbar macht.

Der Notenumlauf ist in der Berichtswoche um 99 Millionen Mark gesunken. An Scheidemünzen sind 37 Millionen Mark zurückgefallen. In der dritten Maiwoche betrug der Scheidemünzenrückstrom 97 Millionen Mark. Auch dieser erhebliche Unterschied ist wohl zu einem großen Teil aus den innerpolitischen Vorgängen zu erklären. Bey

Die Steigerung der Agrarpreise hat sogar den Gesamt-Index wieder in die Höhe getrieben.

Die ganze Wucht der Krise ist auf die Industrie und damit auf die Industriearbeiterschaft gefallen.

Viele französische Arbeiter haben zwar Ersparnisse, auf die sie jetzt zurückgreifen; die Nachfrage hat daher in Frankreich nicht so rapide abgenommen wie in Deutschland. Aber jene Ersparnisse werden eben aufgebraucht.

Von der Preissenkung haben die Verbraucher wenig; denn der Kleinhandels-Index ist nur von rund 600 im Jahre 1930 auf 566 im April 1932 gesunken. Die Spanne gegenüber dem Großhandels-Index ist seit einem Jahr auf 140 bis 150 Punkte gestiegen; in der ersten Hälfte von 1930 betrug diese Spanne nur 30 Punkte.

Die französische Politik ist orientiert an der Schwerindustrie und den Bauern. Der Schwerindustrie kommen die großen Rüstungsaufträge zu Gute, — die Rüstungsaufträge der französischen Regierung wie die der französischen Verbündeten, denen die französische Regierung dazu Anleihen gegeben hat. Die französischen Bauern sind verhältnismäßig gut gestellt; sie haben einen großen Besitz an französischen Staatsanleihen. Ihnen dient die französische Handelspolitik mit ihrer starken Betonung von Agrarzöllen und sonstiger Beschränkung der Agrar-Einfuhr. Weil die Bauern gern gesicherte Zeichner französischer Staatspapiere sind, sucht man es zu vermeiden, sie durch Steuern zu verschunpfen.

So wird es schwierig, öffentliche Arbeiten zu Gunsten der Arbeitslosen zu finanzieren. Zumal man die großen Reserven des Staatsschatzes, im vorigen Jahr noch rund 20 Milliarden Francs verausgabt hat zu Anleihen an die Kleine Entente und zur Stützung von Banken und anderen Unternehmungen. Auch die französische Regierung muß jetzt mit einem Defizit im Staatshaushalt rechnen. Eine Einschränkung der Rüstungsausgaben, die eine Finanzierung öffentlicher Arbeiten gestatten würde, wollen die französischen Machthaber immer noch nicht zulassen.

### Marktwirtschaft und Planwirtschaft.

Die Analyse der einzelnen Faktoren in der Lage zeigt uns, daß es nicht an dem System der Konkurrenz in der Marktwirtschaft liegt, wenn die Krise auch in Frankreich vor allem die Arbeiterschaft trifft. Sondern ganz bestimmte Eingriffe — Zölle, Subventionen, Steuerpolitik — sind die Ursache. Sie haben die Wirkungen, die ohnehin von dem Bodenmonopol und den industriellen Monopolen ausgehen; verschärft. Sie haben insbesondere zu der immer größer werdenden Arbeitslosigkeit geführt. Die Arbeitslosigkeit in Frankreich ist schwer zu schätzen, weil es dort keine Arbeitslosen-Statistik gibt. Unser Pariser Korrespondent hat sie vor einiger Zeit auf rund zwei Millionen Erwerbslose geschätzt. Dabei muß man bedenken, daß viele polnische Wanderarbeiter nach Polen zurückgeschickt worden sind, um französischen Erwerbslosen Platz zu machen (vergleiche Nr. 40 und 104 des „Funken“). Ferner äußert sich die Erwerbslosigkeit in Frankreich nicht nur als Arbeitslosigkeit, sondern in besonders hohem Maße als Kurzarbeit. Gemäß der Statistik des Arbeitsministeriums stieg der Anteil an den Belegschaften in Betrieben mit mindestens 100 Arbeitern, der weniger als 48 Stunden arbeitet: von 14 Prozent im Januar 1931 auf 32 Prozent im April, 45 Prozent im Dezember 1931 und 54 Prozent im April 1932.

Wie ganz bestimmte Eingriffe der gegenwärtigen kapitalistischen Regierung in Frankreich die Krise dort verschärft haben, so genügen auch ganz bestimmte Eingriffe, nur in anderer Richtung, um einen gerechten Ausgleich herbeizuführen, um eine sozialistische anstatt einer kapitalistischen Marktwirtschaft herzustellen. Und diese sozialistische Marktwirtschaft hat vor jeder Planwirtschaft den Vorteil, daß der Staat sich nicht um alles zu kümmern braucht und die Gefahr der Bürokratisierung — wie wir sie aus der Zwangswirtschaft im Krieg, unseligen Angedenkens kennen — gebannt werden kann. Herbert Reingmann.

### USA

Banken-Bankerotte: Nach einer Mitteilung des Federal Reserve-Board (der Aufsichtsbehörde für die amerikanischen Notenbanken) haben in den ersten fünf Monaten des Jahres 669 Banken mit Gesamteinlagen von 368 Millionen Dollar ihre Zahlungen eingestellt. 142 Banken mit Einlagen von 85 Millionen Dollar konnten nach Sanierung ihre Schalter wieder öffnen. — Demnach hat die Finance Reconstruction Company (Wiederaufbau-Gesellschaft) es nicht einmal fertig gebracht, die Welle der Bankerotte zurück zu dämmen!

### DEUTSCHLAND

Halbierter Autoabsatz: Nach der Zulassungsstatistik lag im Mai der Inlandsabsatz fabrikneuer Personenkraftwagen um mehr als 40 Prozent unter dem Vorjahr und um 60 Prozent unter dem Mai 1930. Die Neuzulassungen der ersten fünf Monate (15 400 Personenwagen) sind gegenüber dem Vorjahr halbiert. — Da im Mai der Autoabsatz saisonmäßig bereits abzusinken pflegt, lassen die genannten Ziffern vermuten, daß auch insgesamt im Jahre 1932 der Autoabsatz gegenüber dem Vorjahr halbiert ist.

### Getreidepreise diesseits und jenseits der Zollmauern.

(In Mark per Doppelzentner.)

	Diesseits.			Jenseits. Hamburg. unverzollt.
	Berliner Produktenbörse. Wochendurchschnitt.	Vorwoche.	Vorjahr.	
19. 6. — 25. 6.				25. 6.
Weizen . . . . .	25,40	25,17	27,87	8,71
Roggen . . . . .	18,82	18,77	21,25	7,05
Gerste . . . . .	—	—	—	8,50
Braugerste . . . . .	16,63	16,75	19,32	—
Hafer . . . . .	16,01	15,77	17,15	7,40
Weizenmehl . . . . .	32,77	32,92	34,70	—
Roggenmehl . . . . .	26,22	26,27	29,95	—